



**Baden-Württemberg**  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE  
ABTEILUNG 5 - UMWELT

Regierungspräsidium Karlsruhe · 76247 Karlsruhe

54.2c5-8823 / Schwarz Rohstoff GmbH

Schwarz Rohstoff GmbH  
Robert-Bosch-Ring 23  
75038 Oberderdingen

Karlsruhe 28.04.2021  
Name [REDACTED]  
Durchwahl [REDACTED]  
Aktenzeichen 54.2c5-8823 / Schwarz Rohstoff GmbH  
(Bitte bei Antwort angeben)

**Kassenzeichen (Bitte bei Zahlung angeben):**


**2111240031416**

**Zahlungsempfänger: Landesoberkasse BW**

**IBAN: DE02 6005 0101 7495 5301 02**

**BIC: SOLADEST600**

**Betrag:** [REDACTED]

 Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) –  
Schwarz Rohstoff GmbH, Robert-Bosch-Ring 23, 75038 Oberderdingen  
Antrag auf Neugenehmigung nach §§ 4, 10 BImSchG für eine Anlage zur Zwischenlagerung und zur Behandlung von Abfällen am Standort Robert-Bosch-Ring 22-23 in 75038 Oberderdingen-Flehingen  
Ihr Antrag vom 12.03.2019, eingegangen am 13.03.2019; zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 30.06.2020

Anlagen

1 Satz gesiegelter Antragsunterlagen (2 Ordner; wird separat versandt)

Anlage Berechnung der Sicherheitsleistung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 12.03.2019, zuletzt ergänzt am 30.06.2020 wird Ihnen gemäß §§ 4 ff und 10 BImSchG i. V. m. § 1 Abs. 1 und 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie den Nummern 8.11.2.1 (GE), 8.11.2.3 (GE), 8.11.2.4 (V), 8.12.1.1 (GE), 8.12.2 (V) und 8.12.3.1 (G) des Anhang 1 hierzu die

**immissionsschutzrechtliche Genehmigung**

## I.

für die Errichtung und den Betrieb sowie die Erweiterung einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie zur Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten in Oberderdingen-Flehingen, Robert-Bosch-Ring 22-23 auf den Flurstücken 9858/3, 9860/8, 9860/7, 10830, 10831 und 10832 (Teil) erteilt.

1. Die Gesamtlagerkapazität von nicht gefährlichen Abfälle beträgt max. 2.071 Tonnen. Die Durchsatzmenge dieser Abfälle wird auf max. 33.630 t/a begrenzt. Die Gesamtlagerkapazität für gefährliche Abfälle beträgt max. 1.262 Tonnen. Die Durchsatzmenge der gefährlichen Abfälle wird auf 8.950 t/a begrenzt. Die Lagerhöchstmenge von Eisen- und Nichteisenschrotten beträgt maximal 3.000 Tonnen, davon entfallen jeweils maximal 30 Tonnen auf die Abfallschlüssel 19 01 12, 10 02 01 und 10 02 10. Die Durchsatzmenge wird auf 15.000 t/a begrenzt.
2. Die maximale Durchsatzleistung für die Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen beträgt 1.240 Tonnen pro Tag. Die maximale Behandlungsmenge für die Vorbehandlungsanlage von nicht gefährlichen Abfällen für die Verbrennung oder Mitverbrennung beträgt 100 Tonnen pro Tag. Die maximale Durchsatzleistung für die Behandlung von gefährlichen Abfällen beträgt 320 Tonnen pro Tag, davon entfallen maximal 20 Tonnen pro Tag auf Altholz der Kategorie A IV.
3. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG folgende Entscheidungen ein:

- Baugenehmigung nach §§ 49, 58 der Landesbaubauordnung für Baden-Württemberg (LBO),

Die Baugenehmigung wird **ohne** Baufreigabe erteilt. Mit der Ausführung des Bauvorhabens darf erst nach Erteilung des Baufreigabescheines (Roter Punkt) durch die zuständige untere Baurechtsbehörde (Landratsamt Karlsruhe) begonnen werden.

- Zulassung einer Ausnahme von Festsetzungen des Bebauungsplans gem. § 31 Abs. 1 BauGB (hier: Zulassung einer Betreiberwohnung)

4. Die Genehmigung ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden.
5. Der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung liegen die mit dem Dienstsiegel des Regierungspräsidiums Karlsruhe versehenen Antragsunterlagen vom 30.06.2020 zugrunde. Die Anlagen sind nach diesen Unterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in den Nebenbestimmungen nichts anderes festgelegt ist.
6. Die Genehmigung erfolgt unter den in Ziffer IV. dieses Bescheides aufgeführten Nebenbestimmungen.
7. Die sich aus den bisherigen Genehmigungsbescheiden ergebenden Rechte und Pflichten bleiben unberührt, soweit sie nicht mit dem Inhalt dieses Bescheides im Widerspruch stehen. Im Falle eines Widerspruchs treten die Bestimmungen dieser Genehmigung an die Stelle der Rechte und Pflichten aus den bisherigen Genehmigungsbescheiden.
8. Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Bestandskraft dieser Entscheidung mit der Errichtung der Anlage begonnen wird.
9. Der Betrieb der Anlage darf erst aufgenommen werden, wenn die unter der Nebenbestimmung IV. 10. festgesetzte Sicherheitsleistung geleistet wurde.
10. Die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erhobenen Einwendungen werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht in diesem Bescheid entsprochen wird.
11. Dieser Genehmigung liegt das Merkblatt über die besten verfügbaren Techniken (BVT) für Abfallbehandlungsanlagen in der derzeit geltenden Fassung zugrunde.
12. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] festgesetzt.

## II. Antragsunterlagen

Der Entscheidung liegen folgende, mit dem Dienstsiegel des Regierungspräsidiums Karlsruhe versehenen, Antragsunterlagen zu Grunde:

Anlage	Bezeichnung	Seiten
	Deckblatt	1
	Wahrung von Urheberrechten	1
	Inhaltsverzeichnis	5
<b>1</b>	<b>Kurzbeschreibung des Vorhabens</b>	
	Kurzbeschreibung des Vorhabens	10
	Anlage 1-1 Formblatt 1	
	Inhaltsübersicht	2
	Formblatt 1: Antragstellung	6
	Anlage 1-2 Vollmacht	1
	Anlage 1-3 Bestätigung der Antragsunterlagen	1
	Anlage 1-4 Genehmigungen	
	• Genehmigung vom 08.06.2009	11
	• Änderungsgenehmigung Holzzerkleinerer vom 23.11.2015	6
	• Genehmigung Tankanlage vom 14.03.2011	6
	• Anzeigenbestätigung vom 18.12.2014	6
	• Anzeigebestätigung vom 02.08.2018	4
	• Baugenehmigung vom 14.08.2018 – Errichtung von LKW- und Muldenstellplätzen	4
<b>2</b>	<b>Standort und Umgebung der Anlage</b>	
	Standort und Umgebung der Anlage	2
	Anlage 2-1 Topographische Karte [Maßstab 1:25.000]	1
	Anlage 2-2 Luftbild [kein Maßstab]	1
	Anlage 2-3 Auszug aus der Liegenschaftskarte [Maßstab 1:2.000]	1
	Anlage 2-4 Lageplan - Genehmigungsplanung [Maßstab 1:500]	1

	Anlage 2-5 Bebauungsplan 1. Gemeinsame Änderung „Industriegebiet Oberderdingen“ (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt in der Fassung vom 19.11.2019 inkl. Teil A – Zeichnerischer Teil [Maßstab 1:500]	26 1
<b>3</b>	<b>Anlagen- und Betriebsbeschreibung</b>	
	Anlagen- und Betriebsbeschreibung	21
	Anlage 3-1 Formblätter 2.1 – 2.2	
	Formblatt 2.1: Technische Betriebseinrichtungen	5
	Formblatt 2.2: Produktionsverfahren / Einsatzstoffe	2
	Anlage 3-2 Schematische Darstellung der Anlage (Fließbild)	1
	Anlage 3-3 Inputkatalog	12
	Anlage 3-4 Maschinen und Geräte	
	• Ballenpresse Europress EP 4 V5 (o. vgl.)	10
	• Brecher mit integrierter Siebmaschine Gipo R 100 FDR GIGA (o. vgl.)	13
	• KMF-Pressen Europress, EPG 90V5 mobil Spezial (o. vgl.)	32
	• Holzzerkleinerer Lindner Urraco 75-D (o. vgl.)	11
	• Siebmaschine Multistar Hook (o. vgl.)	3
	• Mobilbagger TEREX-Fuchs MHL 340 (o. vgl.)	6
	• Stapler (Diesel, Elektro) Linde (o. vgl.)	6
	• Reifen-Felgen-Trenner Seda (T-Rec, o. vgl.)	2
	• Absauganlage	11
	• Transformatorstation	13
<b>4</b>	<b>Luftreinhaltung</b>	
	Luftreinhaltung	3
	Anlage 4-1 – Formblätter 3.1 – 3.3	
	Formblatt 3.1: Emissionen / Betriebsvorgänge	2
	Formblatt 3.2: Emissionen / Maßnahmen	1
	Formblatt 3.3: Emissionen / Quellen	1
	Anlage 4-2 Staubprognose	57
	Staub- und -immissionsgutachten der Müller BBM GmbH vom 08.06.2020 (Bericht Nr. M143116/02)	
	Anlage 4-3 Personenbezogene Messung bei Verpressung von KMF-Abfällen	

	Dokumentation: Personenbezogene Messungen während der Verpressung von KMF-Abfallmaterialien „Alte Mineralwolle“ des Ingenieurbüro Hufenreuter vom 14.09.2016	12
<b>5</b>	<b>Lärm- und Erschütterungsschutz, Lichteinwirkungen</b>	
	Lärm- und Erschütterungsschutz, Lichteinwirkungen	2
	Anlage 5-1 Formblatt 4: Lärm	2
	Anlage 5-2 Lärmprognose Prognose über die zu erwartende Lärmemission und –immission durch eine Anlage der Firma Schwarz Rohstoff GmbH zur Zwischenlagerung und Behandlung von Eisen- und Nichteisenschrotten, Nutzeisen, Kabeln, sowie Altholz und gemischten Bau- und Abbruchabfällen nach Erweiterung des Betriebsgeländes; Anlagenstandort: 75038 Oberderdingen-Flehingen, Robert-Bosch-Ring 22-23 vom 15.05.2020 (erstellt durch die ADU cologne Institut für Immissionsschutz GmbH)	43 inkl.18 Seiten Anhang
<b>6</b>	<b>Anlagensicherheit</b>	
	Anlagensicherheit	16
	Anlage 6-1 Formblätter 9-11	
	Formblatt 9: Ausgangszustandsbericht	3
	Formblatt 10.1: Anlagensicherheit/Störfall-Verordnung	1
	Formblatt 10.2: Anlagensicherheit/Sicherheitsabstand	1
	Formblatt 11: Umweltverträglichkeitsprüfung	1
	<i>Anlage 6-2 Efb-Zertifikat Fa. Schwarz</i>	8
<b>7</b>	<b>Abfälle</b>	
	Abfälle	6
	Anlage 7-1: Formblatt 7: Abfall	1
	Anlage 7-2: Entsorgungsnachweise	27
<b>8</b>	<b>Wärmenutzung</b>	1
<b>9</b>	<b>Maßnahmen nach der Betriebseinstellung</b>	
	Maßnahmen nach der Betriebseinstellung inkl. Vorschlag Sicherheitsleistung	2
<b>10</b>	<b>Bauvorlagen</b>	
	Bauvorlagen	1
	Anlage 10-1 Bauantrag Lager- und Sortierhalle / Neubau Bürogebäude / Nutzungsänderung Büro in Wohnung	1

Ordnerinhalt Baugenehmigung	1
Antrag auf Baugenehmigung (§ 49 LBO)	3
Bestellung und Erklärung des/der Bauleiters/in / Fachbauleiters/in	1
Ermittlung der Anzahl notwendiger Kfz-Stellplätze	3
Ermittlung der Anzahl notwendiger Fahrrad-Stellplätze	2
Berechnung der nachzuweisenden Bepflanzung	1
Lageplan (zeichnerisch) [Maßstab 1:500] vom 18.06.2020	1
Lageplan schriftlicher Teil (§ 4 LBOVVO)	2
Lageplan Abstandsflächen [Maßstab 1:500] vom 18.06.2020	1
Abstandsflächenberechnung nach §§ 5-7 LBO Baden-Württemberg vom 18.06.2020	2
<b>Neubau Lager- und Sortierhalle mit Schlosserei, Sozialgebäude, Überdachung und Containerstellfläche</b>	
Statistik der Baugenehmigungen (ID-Nummer: 5915027)	2
Baubeschreibung (Anlage 6) – Lager- und Sortierhalle	4
Technische Angaben über Feuerungsanlagen (Anlage 7)	2
Berechnung der Flächen	2
Berechnung der nachzuweisenden Außenwandbegrünung gemäß Bebauungsplan Punkt 10.4	1
Baubeschreibung (Anlage 6) – Errichtung von LKW- und Muldenstellplätze	3
Angaben zu gewerblichen Anlagen (Anlage 8)	4
Plan Nr. BA 1 – Grundriss, Schnitt A, B, C, E [Maßstab 1:200]	1
Plan Nr. BA 2 – Grundriss OG, Schnitt D [Maßstab 1:200]	1
Plan Nr. BA 3 – Ansichten [Maßstab 1:200]	1
Plan Nr. BA 7 – Entwässerungsplan [ 1:200]	1
<b>Neubau Bürogebäude</b>	
Baubeschreibung (Anlage 6) – Neubau Bürogebäude	3
Angaben zu gewerblichen Anlagen (Anlage 8)	4
Berechnung der Flächen	2
Berechnung der nachzuweisenden Bepflanzungen	1
Plan Nr. BA 4 – Grundrisse [Maßstab 1:100]	1
Plan Nr. BA 5 – Schnitte, Ansichten [Maßstab 1:100]	1
<b>Nutzungsänderung von Büroräumen in eine Betreiberwohnung</b>	

	Baubeschreibung (Anlage 6) – Nutzungsänderung von Büroräumen in eine Betreiberwohnung	3
	Berechnung der Flächen	3
	Plan Nr. BA 6 – Grundrisse, Schnitte, Ansichten [Maßstab 1:100]	1
<b>11</b>	<b>Brandschutz</b>	
	Brandschutz	1
	Anlage 11-1 Brandschutzkonzept Brandschutzkonzept – Gesamtbetrieb – vom 08.06.2020 (Projektnummer 2447); erstellt von Dr.-Ing. Frank Dröscher Technischer Umweltschutz	37
	Brandschutzplan (Plan BA. 1_Entwaess_6) vom 10.06.2020 [Maßstab 1:200]	1
	Brandschutzplan (Plan Büro_2020_GRDRS) vom 10.06.2020 [Maßstab 1:100]	1
	Anlage 11-2 Brandschutzbericht Bestandhalle Brandschutzbericht vom Ingenieurbüro für Brandschutz Manfred Oelmaier	5
	Anlage 11-3 Nachweis Zulässigkeit des Brandschutzkonzepterstellers	9
<b>12</b>	<b>Oberflächenbefestigung und Entwässerung</b>	
	Oberflächenbefestigung und Entwässerung	1
	Anlage 12-1 Formblatt 5.1 – 5.3	
	Formblatt 5.1 Abwasser / Anfall	1
	Formblatt 5.2 Abwasser / Abwasserbehandlung	1
	Formblatt 5.3 Abwasser / Einleitung	1
<b>13</b>	<b>Arbeits- und Gesundheitsschutz</b>	
	Arbeits- und Gesundheitsschutz	4
	Anlage 13-1 Formblatt 8: Arbeitsschutz	3
<b>14</b>	<b>Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</b>	
	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	2
	Anlage 14-1 Formblatt 6	
	Formblatt 6.1: Übersicht / Wassergefährdende Stoffe	2
	Formblatt 6.2: Detailangaben / Wassergefährdende Stoffe	3
	Anlage 14-2 Prüfbericht Tankstelle	19



15	Anlage 14-2 Sicherheitsdatenblätter	
	• Hydrauliköl	6
	• Diesel	18
	• Motoröl	9
	• Emulsion	5
	Anlage 14-4 Technische Daten AdBlue/Sicherheitsdatenblatt	8
	<b>Prüfung der Umweltverträglichkeit</b>	
	Prüfung der Umweltverträglichkeit	13
	Anlage 15-1 Formblatt 11: Umweltverträglichkeitsprüfung	1
	Anlage 15-2: Umweltbericht (nachrichtlich)	
	Umweltbericht mit Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung und artenschutzrechtlicher Prüfung vom 16.05.2019	29
	Anlage 15-3 Ergebnis zur Reptilienumsiedlung	
	Ergebnisbericht zur Reptilienumsiedlung, Stand September 2018 vom 22.09.2018	5

### III.

#### **Beschreibung des Vorhabens**

Die Schwarz Rohstoff GmbH (Firma Schwarz) betreibt im Robert-Bosch-Ring 22-23 in 75038 Oberderdingen-Flehingen (Flurstück 10830) eine immissionsschutzrechtlich genehmigte Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie zur Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten. In der bestehenden Anlage werden im Wesentlichen Eisen- und Nichteisenschrotte, Nutzeisen, Kabel sowie untergeordnet Altholz und gemischte Bau- und Abbruchabfälle zeitweilig gelagert und behandelt.

Durch das stetige Wachstum der Firma Schwarz bietet das derzeitige Betriebsgelände keine räumlichen Kapazitäten für eine weitere Ausdehnung des Betriebs. Daher plant die Firma Schwarz ihr bestehendes Betriebsgelände (Flurstück 10830) auf die westlich angrenzenden Teilflächen des Industriegebiets Oberderdingen (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt (Flurstücke 9858/3, 9860/8, 9860/7 und 10832 (teilweise)) zu erweitern. Die geplante westliche Erweiterung nimmt eine Fläche von 15.416 m<sup>2</sup> ein. Zusätzlich soll das östlich gelegene Flurstück 10831 mit einer Größe von 1.302 m<sup>2</sup> als Grünfläche zur Betriebsfläche hinzugenommen werden. Insgesamt kommt es zu einer Vergrößerung der Betriebsfläche von 6.235 m<sup>2</sup> auf 22.953 m<sup>2</sup>. Mit der Betriebserweiterung werden zudem der Wendehammer, die öffentliche Grünfläche (Flurstück 9860 zwischen Flurstück 9860/8 und 9860/7) sowie die Baugrenzen überplant.

Durch die geplante Betriebserweiterung kommt es zum einen zu einer Erhöhung der bereits genehmigten Lager- und Behandlungsmengen für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle sowie für Eisen- und Nichteisenschrotte. Zudem sollen neue Abfallschlüssel für die Lagerung und Behandlung sowie neue Behandlungsaggregate genehmigt werden.

Die östliche Betriebsfläche stellt das Bestandsgelände der Firma Schwarz dar. Diese gliedert sich in die folgenden Betriebseinheiten:

- BE1 Büro- und Sozialgebäude, Waage (Bestand),
- BE2 Halle, Zwischenlagerung von Elektroaltgeräten (neu),
- BE3 Lagerboxen für Trockenschrotte (Bestand),
- BE4 Spänelager (Bestand),
- BE5 Lagerboxen für Nutzeisen (Bestand),

BE6 Abstellplatz für Maschinen und Geräte (Bestand),  
BE7 Tank- und Waschplatz (Bestand),  
BE8 Brennschneidplatz (neu).

Auf der bereits genehmigten Betriebsfläche (Bestandsgelände) kommt es zu keinen baulichen Veränderungen. Die Änderungen auf dem Bestandsgelände bestehen im Wesentlichen aus der Erhöhung der genehmigten Lagermengen von Eisen- und Nichteisenschrotten von 800 Tonnen auf 3.000 Tonnen. In der bereits bestehenden Halle (BE 2) sollen zusätzlich Elektro- und Elektronikaltgeräte, Batterien, Lacke, Frostschutzmittel und Leuchtstoffröhren zeitweilig gelagert werden. Eine Behandlung der Elektro- und Elektronikaltgeräte ist nicht vorgesehen. Des Weiteren wird unter der bestehenden Flugdachhalle ein Bereich zum Brennschneiden (BE 8) eingerichtet.

Die zukünftige westliche Betriebsfläche stellt die geplante Erweiterungsfläche der Firma Schwarz dar. Die Erweiterungsfläche gliedert sich in folgende Betriebseinheiten:

BE9 Büro- und Verwaltungsgebäude, Sozialgebäude (neu),  
BE10 Parkplätze (neu),  
BE11 LKW- und Containerstellplatz (neu),  
BE12 Kleinanlieferer / Container (neu),  
BE13 Kanalballenpresse (neu),  
BE14 Lagerung von Abfällen in Halle (neu),  
BE15 Lagerung und Behandlung von Bauschutt (neu),  
BE16 Lagerung und Behandlung von Altholz (neu),  
BE17 Werkstatt (neu).

Die gesamte betrieblich genutzte westliche Erweiterungsfläche wird in betonbauweise befestigt und mit einer geordneten Entwässerung ausgeführt.

Auf der geplanten westlichen Erweiterungsfläche wird eine geschlossene Lager- und Sortierhalle zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen errichtet. Die Lager- und Sortierhalle wird mit einer Abluftreinigungsanlage ausgestattet.

Die gefährlichen und nicht gefährlichen Abfälle werden ausschließlich innerhalb der geplanten geschlossenen Lager- und Sortierhalle witterungsgeschützt zeitweilig gelagert und behandelt. Die Lager- und Sortierhalle lässt sich in die Betriebseinheiten BE 13 Kanalballenpresse, BE 14 Lagerung von Abfällen in Halle, BE 15 Lagerung und Behandlung von Bauschutt sowie BE 16 Lagerung und Behandlung von Altholz unterteilen.

#### BE 13 Kanalballenpresse / KMF-Pressen

In diesem Bereich ist der Betrieb einer Ballenpresse zur Behandlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) sowie Kunststoffen geplant. Die maximale Behandlungsmenge beträgt 25 Tonnen pro Tag.

Zudem ist der Betrieb einer mobilen Kanalballenpresse zum Pressen künstlicher Mineralfaser (KMF-Pressen) geplant. Es sollen hier sowohl gefährliche als auch nicht gefährliche KMF gepresst werden. Die KMF-Pressen verfügt über ein integriertes Unterdruckgerät und eine integrierte 3-stufige Filteranlage, über welche die anfallenden Fasern abgesaugt werden.

Die KMF-Pressen soll an maximal drei Tagen pro Monat betrieben werden. Der maximale Durchsatz beträgt 70 Tonnen pro Tag.

#### BE 14 Lagerung von Abfällen in Halle

In diesem Bereich der Halle sollen unterschiedliche gefährliche und nicht gefährliche Abfälle zeitweilig gelagert werden. Die Lagerung der Abfälle erfolgt hierbei in Lagerboxen bzw., soweit erforderlich, in dichten Containern. Folgende Abfallarten sollen in diesem Bereich gelagert werden:

- Gemischte Bau- und Abbruchabfälle (150 Tonnen),
- Papier, Pappe, Kartonage (PPK) (40 Tonnen),
- Kunststoffe (20 Tonnen),
- Altreifen und Autositze (153 Tonnen),
- Gemischte nicht gefährliche Materialien (161 Tonnen),
- Glas (15 Tonnen),
- Künstliche Mineralfasern (KMF, nicht gefährlich) (20 Tonnen),
- Künstliche Mineralfasern (KMF, gefährlich) (50 Tonnen) sowie
- Sonstige gefährliche Abfälle (65 Tonnen).

Die Lagerboxen sollen fakultativ genutzt werden. Es ist geplant, die jeweiligen Boxen abwechselnd mit verschiedenen Abfällen belegen zu können. Es werden jedoch bestimmte Lagerboxen ausschließlich für die Lagerung gefährlicher Abfälle ausgewiesen. Die Lagerung der Abfälle erfolgt so, dass die Gefahr einer möglichen Brandausbreitung minimiert wird (abwechselnde Lagerung brennbarer und nicht brennbarer Abfälle).

Neben der Lagerung der Abfälle ist in diesem Bereich der Halle noch die Behandlung von Altreifen mittels eines Reifen-Felgen-Trenners geplant. Die maximale Behandlungskapazität beträgt 5 Tonnen pro Tag

#### BE 15 Lagerung und Behandlung von Bauschutt

Im südlichen Bereich der Halle soll ein Teil zur Zwischenlagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen mineralischen Abfällen errichtet werden. Die Behandlung erfolgt mittels einer mobilen Brecher- und Siebanlage.

Die maximale Lagermenge beträgt 1.000 Tonnen für gefährliche sowie 1.000 Tonnen für nicht gefährliche mineralische Abfälle. Die maximale Durchsatzleistung beträgt 1.000 Tonnen pro Tag für nicht gefährlichen Bauschutt sowie 250 Tonnen pro Tag für gefährlichen Bauschutt.

Der Standort des Bauschuttbrechers wird mit einer punktuellen Luftabsaugung und Filteranlage ausgestattet.

#### BE 16 Lagerung und Behandlung von Altholz

Im südlichen Areal der Halle soll ein Bereich zur Zwischenlagerung und Behandlung von Altholz der Kategorie A I – A IV errichtet werden. Der Bereich besteht aus einem Inputlager, einem Altholzzerkleinerer mit Sortieranlage sowie einem Output-Bereich.

Die maximale Lagermenge beträgt 100 Tonnen für Altholz der Kategorie A IV (gefährlicher Abfall) sowie 500 Tonnen für Altholz der Kategorien A I – A III (nicht gefährlicher Abfall).

Die maximale Durchsatzleistung für die Behandlung des Altholzes beträgt 100 Tonnen pro Tag für Altholz der Kategorie A I – A III sowie 20 Tonnen pro Tag für Altholz der Kategorie A IV. Der Zerkleinerer wird maximal vier Stunden pro Tag betrieben.

Der Standort des Altholzzerkleinerers wird mit einer punktuellen Luftabsaugung und Filteranlage ausgestattet.

#### BE 12 – Kleinanliefererbereich / Lagerung wertvoller Metalle

Auf der Freifläche sollen lediglich Abfälle von privaten Kleinanlieferern (BE 12) ausschließlich in dichten, gedeckelten Containern angenommen und gelagert werden.

Diese Abfälle spielen für den Betrieb nur eine untergeordnete Rolle. Die jeweilige Menge der Abfälle ist in den vorgenannten Lagermengen in BE14 enthalten.

Zusätzlich sollen in diesem Bereich noch zwei Mulden für die Lagerung besonders hochwertiger Metalle (ohne Anhaftung wassergefährdender Stoffe), welche nicht direkt verkauft werden können, errichtet werden. Diese Mulden können zum Schutz vor Diebstahl mit Betondeckeln abgedeckt werden.

Neben den vorgenannten Tätigkeiten sind auf der Erweiterungsfläche die nachfolgenden baulichen Tätigkeiten geplant:

- Errichtung eines neuen Büro- und Sozialgebäudes (BE9) westlich der Hofzufahrt,
- Errichtung von Parkplätzen (BE 10)
- Errichtung von LKW- und Containerstellplätzen (BE 11) südwestlich der neu geplanten Lager- und Sortierhalle (Flurstück 9860/7),
- Errichtung einer, an die geplante Lager- und Sortierhalle angrenzenden Werkstatt (BE 17) sowie
- Errichtung eines Transformators für die Stromversorgung der neu geplanten Lager- und Sortierhalle,

Die Anordnung der Betriebseinheiten kann dem Lageplan in Anlage 2-4 der Antragsunterlagen entnommen werden. Für eine detaillierte Anlagenbeschreibung wird auf die Antragsunterlagen verwiesen.

## **IV. Nebenbestimmungen**

### **1. Allgemeines**

- 1.1 Die planungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Gemeinsamen Änderung des Bebauungsplans "Industriegebiet Oberderdingen" (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 19. November 2019 sind einzuhalten und umzusetzen.
- 1.2 Die Inbetriebnahme der Anlage ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, mindestens vier Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.
- 1.3 Zwei Wochen vor Inbetriebnahme ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, die Person schriftlich mitzuteilen, die für die Gesellschaft die Betreiberpflichten der genehmigungsbedürftigen Anlage wahrnimmt.
- 1.4 Eine Mehrfertigung dieser Genehmigung einschließlich der zugehörigen Antragsunterlagen ist auf dem Betriebsgelände, bei der Betriebsleitung oder ihrer beauftragten Person jederzeit zur Einsichtnahme für die Aufsichtsbehörden bereitzuhalten. Die Verantwortlichen vor Ort sowie deren Stellvertreter sind über den Inhalt der Genehmigung sowie der dazugehörigen Antragsunterlagen zu informieren.
- 1.5 Eine ordnungsgemäße und fachkundige Bauleitung muss jederzeit gewährleistet sein. Der Antragsteller hat dem verantwortlichen Bauleiter die Bestimmungen dieser Entscheidung gegen Unterschrift zur Kenntnis zu geben.
- 1.6 Während und nach Abschluss der Bauarbeiten ist durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass Unbefugte keinen Zutritt zu dem Betriebsgelände haben.
- 1.7 Es ist ein Immissionsschutz- und ein Abfallbeauftragter gemäß § 53 Abs. 1 BImSchG bzw. § 59 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) i. V. m. § 2 Abs. 1 Abfallbeauftragten-Verordnung (AbfBeauftrV) zu bestellen und dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, schriftlich zu nennen.

1.8 Für die Gesamtanlage gelten für die jeweilige Betriebseinheit folgende Mengenbeschränkungen für die Lagerung (L) und Behandlung (B):

BE 2 (Halle Bestandsfläche)

Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	Tätig-keit	max. Lager-menge [t]	max. Be-handlungs-menge [t/d]
20 01 36	Gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21, 20 01 23 und 20 01 35 fallen	L	10	-
16 02 14	Gebrauchte Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 02 09 bis 16 02 13 fallen	L		
16 01 15	Frostschutzmittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 01 14 fallen	L	2	-
20 01 28	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 27 fallen	L		
16 06 01*	Bleibatterien	L	45	-
20 01 21*	Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	L	2	-

BE 3, 4 und 5 (Lagerflächen für Eisen- und Nichteisenschrotte in der Flugdachhalle)

Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	Tätig-keit	max. Lager-menge [t]	max. Be-handlungs-menge [t/d]
02 01 10	Metallabfälle	L	3.000	90
11 05 01	Hartzink	L		
12 01 01	Eisenfeil- und -drehspäne	L		
12 01 02	Eisenstaub und -teilchen	L		
12 01 03	NE-Metallfeil- und -drehspäne	L		
12 01 04	NE-Metallstaub und -teilchen	L		
12 01 13	Schweißabfälle	L		
15 01 04	Verpackungen aus Metall	L		
16 01 06	Altfahrzeuge, die weder Flüssigkeiten noch andere gefährliche Bestandteile enthalten	L		
16 01 12	Bremsbeläge, mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 01 11 fallen	L		
16 01 16	Flüssiggasbehälter	L		
16 01 17	Eisenmetalle	L / B		
16 01 18	Nichteisenmetalle	L		
16 08 01	Gebrauchte Katalysatoren, die Gold, Silber, Rhenium, Rhodium, Palladium, Iridium oder Platin enthalten (außer 16 08 07)	L		
17 04 01	Kupfer, Bronze, Messing	L / B		



17 04 02	Aluminium	L / B		
17 04 03	Blei	L / B		
17 04 04	Zink	L / B		
17 04 05	Eisen und Stahl	L / B		
17 04 06	Zinn	L / B		
17 04 07	gemischte Metalle	L / B		
17 04 11	Kabel mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 04 10 fallen	L / B		
19 01 02	Eisenteile aus der Rost- und Kesselasche entfernt	L		
19 10 01	Eisen- und Stahlabfälle	L / B		
19 10 02	NE-Metall-Abfälle	L / B		
19 12 02	Eisenmetalle	L / B	30	30
20 01 40	Metalle	L / B		
19 12 03	Nichteisenmetalle	L / B		
19 01 12	Rost- und Kesselaschen sowie Schlacken mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 01 11 fallen	L		
10 02 01	Abfälle aus der Verarbeitung von Schlacke	L	30	30
10 02 10	Walzzunder	L	30	30

Die Lagerung von Spänen (AVV 12 01 01 und 12 01 03) hat in dem AwSV-konformen Spänelager (BE 4) zu erfolgen. Die maximale Lagerkapazität beträgt hier antragsgemäß 134 Tonnen. Diese Lagermenge ist in der Gesamtlagermenge von 3.000 Tonnen Eisen- und Nichteisenschrotte enthalten.

Die separate Lagerung von Nutzeisen (besonders hochwertige Eisen- und Nichteisenschrotte) in den Lagerboxen für Nutzeisen (BE 5) wird antragsgemäß auf 102 Tonnen beschränkt. Diese Lagermenge ist in der Gesamtmenge von 3.000 Tonnen Eisen- und Nichteisenschrotte enthalten.

#### BE 13 und 14 – Kanalballenpresse / Lagerung von Abfällen in der Halle / KMF-Pressen

Abfall-schlüssel	Abfallbezeichnung	Tätig-keit	max. Lager-menge [t]	max. Behand-lungsmenge [t/d]
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	L / B	40	20
15 01 05	Verbundverpackungen	L / B		
15 01 06	gemischte Verpackungen	L / B		
19 12 01	Papier und Pappe	L / B		
20 01 01	Papier und Pappe	L / B		
07 02 13	Kunststoffabfälle	L	20	5
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehschpäne	L		
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	L / B		
16 01 19	Kunststoff	L / B		

17 02 03	Kunststoff	L / B		
19 12 04	Kunststoff und Gummi	L / B		
20 01 39	Kunststoffe	L / B		
16 01 03	Altreifen	L / B	150	5
16 01 22	Bauteile a. n. g.	L	3	-
15 01 09	Verpackungen aus Textilien	L	5	-
19 12 08	Textilien	L		
20 01 10	Bekleidung	L		
20 01 11	Textilien	L		
15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 15 02 02 fallen	L	1	
17 03 02	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen	L	25	
19 02 10	brennbare Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 02 08 und 19 02 09 fallen	L	100	
19 12 10	Brennbare Abfälle, Brennstoffe aus Abfall (EBS)	L		
19 02 99	Abfälle a. n. g.	L	30	
19 12 12	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen	L		
20 01 99	Sonstige Fraktionen a. n. g.	L		
16 01 22	Bauteile a. n. g.	L		
16 01 99	Abfälle a. n. g.	L		
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt	L / B	20	20
17 09 04	gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen	L	150	-
15 01 07	Verpackungen aus Glas	L	15	-
16 01 20	Glas	L		
17 02 02	Glas	L		
19 12 05	Glas	L		
20 01 02	Glas	L		
17 04 09*	Metallabfälle, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	L	10	-
17 04 10*	Kabel, die Öl, Kohlenteer oder andere gefährliche Stoffe enthalten	L		
17 03 01*	Kohlenteerhaltige Bitumengemische	L	50	-
17 03 03*	Kohlenteer und teerhaltige Produkte	L		
17 06 01*	Dämmmaterial das Asbest enthält	L		
17 06 05*	Asbesthaltige Baustoffe	L		
17 06 03*	Anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält	L	50	50
17 09 02*	Bau- und Abbruchabfälle, die PCB enthalten (z. B. PCB-haltige Dichtungsmassen, etc.)	L	5	-

### BE 15 – Lagerung und Behandlung von Bauschutt / Brecher- und Siebanlage

<b>Abfall-schlüssel</b>	<b>Abfallbezeichnung</b>	<b>Tätig-keit</b>	<b>max. Lager-menge [t]</b>	<b>max. Behand-lungsmenge [t/d]</b>
17 01 01	Beton	L / B	1.000	1.000
17 01 02	Ziegel	L / B		
17 01 03	Fliesen, Ziegel und Keramik	L / B		
17 01 07	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen	L / B		
17 05 04	Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen	L / B		
17 08 02	Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 08 01 fallen	L		
19 12 09	Mineralien (z. B. Sand, Steine)	L / B		
20 02 02	Boden und Steine	L / B		
17 01 06*	Gemische aus oder getrennte Fraktionen von Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, die gefährliche Stoffe enthalten	L / B	1.000	250
17 08 01*	Bauschutte auf Gipsbasis, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	L		-
17 09 03*	Sonstige Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich gemischte Abfälle) die gefährliche Stoffe enthalten	L		-

### BE 16 – Lagerung und Behandlung von Altholz / Altholzzerkleinerer

<b>Abfall-schlüssel</b>	<b>Abfallbezeichnung</b>	<b>Tätig-keit</b>	<b>max. Lager-menge [t]</b>	<b>max. Behand-lungsmenge [t/d]</b>
03 01 05	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Spanplatten, und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04 fallen	L / B	500	100
15 01 03	Verpackungen aus Holz	L / B		
17 02 01	Holz	L / B		
19 12 07	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06 fällt	L / B		
20 03 07	Spermmüll (hier: Altholz vom Landkreis Karlsruhe)	L / B		
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37 fällt	L / B	100	20
17 02 04*	Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	L / B		
19 12 06*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält	L / B		
20 01 37*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält	L / B		

## 2. Baurecht

- 2.1 Mit der Ausführung des Bauvorhabens darf erst nach Erteilung des **Baufreigabescheines (Roter Punkt)** begonnen werden. Dieser ist bei der zuständigen unteren Baurechtsbehörde (Landratsamt Karlsruhe) zu erwirken und wird von dieser erteilt.
- 2.2 Für die Ausführung der tragenden Bauteile ist der unteren Baurechtsbehörde der statische Nachweis einschließlich Konstruktionszeichnungen in doppelter Fertigung vorzulegen.

Wenn die Voraussetzungen für den Wegfall der bautechnischen Prüfung nach § 18 LBOVVO vorliegen, hat der Verfasser der bautechnischen Nachweise unter Angabe von Namen und Anschrift zu bestätigen, dass er die bautechnischen Nachweise unter Beachtung der baurechtlichen Vorschriften und technischen Baubestimmungen verfasst und aufeinander abgestimmt hat (bautechnische Bestätigung). In der bautechnischen Bestätigung hat der Aufsteller der Statik ferner zu versichern, dass er die Qualifikationsanforderungen nach § 18 Abs. 3 LBBVVO erfüllt.

Die Vorlage des statischen Nachweises ist dann nicht erforderlich. Der **Baufreigabeschein (Roter Punkt)** ist von der Erledigung dieser Nebenbestimmung abhängig.

- 2.3 Die Baugenehmigung ist nur unter Einhaltung der Bedingung wirksam, dass eine grundbuchrechtliche Vereinigung mit Verschmelzung der nachfolgenden Grundstücke vorgenommen wird: Flurstück Nrn.: 9858/3, 9860/8, 10830. Als Nachweis hierfür sind der unteren Baurechtsbehörde vor **Baufreigabe (Roter Punkt)** der Fortführungsnachweis sowie der Grundbuchauszug vorzulegen.
- 2.4 Nach Erstellung des Schnurgerüsts ist durch einen zugelassenen Vermessungssachverständigen nachprüfen zu lassen, dass Grundriss und Höhenlage des Bauvorhabens auf dem Baugrundstück mit den genehmigten Plänen übereinstimmen. Der Nachweis hierüber ist der unteren Baurechtsbehörde **vor Baufreigabe (Roter Punkt)** vorzulegen.

- 2.5 Der Baubeginn ist der Baurechtsbehörde schriftlich anzuzeigen.
- 2.6 Das Vorhaben ist gemäß § 39 LBO im Verbindung mit DIN 18040 Teil 1 (öffentlich zugängliche Gebäude) und Teil 2 (Wohnungsbau) barrierefrei herzustellen.
- 2.7 Die Baugenehmigung ist nur unter Einhaltung der Bedingung wirksam, dass die als Ausnahme genehmigte Wohnung ausschließlich von Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter genutzt werden. Dies wird nach Rechtskraft der Baugenehmigung als Bauvermerk in das Baulastenverzeichnis als baurechtliche Verpflichtung eingetragen.
- 2.8 Das Pflanzgebot ist nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes auszuführen.
- 2.9 Nach Fertigstellung des Gebäudes müssen die Nachweise zur Einhaltung der Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) und der Nachweis über die Erfüllung der Nutzungspflicht nach dem Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) unverzüglich vorgelegt werden. Gemäß § 2 EnEV-DVO ist eine Kopie des aktuellen Energieausweises (nach § 16 EnEV) vorzulegen.
- 2.10 Der/die in den Planunterlagen dargestellte(n) Kfz-(Garagen-) Stellplatz/Stellplätze ist/sind als notwendiger Stellplatz/Stellplätze herzustellen. (Mindeststellplatzgröße 2,30 m x 5,00 m)
- 2.11 Für das Bauvorhaben wird gemäß § 67 Abs. 1 der Landesbauordnung die **Schlussabnahme** vorgeschrieben. Aus diesem Grund muss der unteren Baurechtsbehörde rechtzeitig schriftlich mitgeteilt werden, wann die Voraussetzung für die Abnahme gegeben ist.  
Für diese Abnahme wird eine gesonderte Gebühr in Höhe von 2 von Tausend der Baukosten erhoben, mindestens jedoch 100,00 €.

### 3. Brandschutz

- 3.1 Das Brandschutzkonzept –Gesamtbetrieb- mit Stand 08. Juni 2020, Projektnummer 2447, erstellt durch das Ingenieurbüro für Technischen Umweltschutz Dr.-Ing. Frank Dröschner, ist unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzungen vollständig und ordnungsgemäß umzusetzen.

### 3.2 Ergänzungen:

#### Neue Halle mit zweiseitig geschlossener Überdachung und Kantine

1. Die tragenden und aussteifenden Bauteile sowie das Haupttragewerk der Dächer sind in mindestens feuerhemmender Bauart herzustellen (vgl. Abschnitt 6 Industriebaurichtlinie – IndBauRL).
2. Die erforderliche automatische Brandmelde- und Alarmierungsanlage ist flächendeckend (K1) sowie in der Betriebsart TM auszuführen. Die Vorgaben der DIN 14675 und VDE 0833 sind zu berücksichtigen und umzusetzen. Die Brandmeldeanlage ist auf die Integrierte Leitstelle (ILS) – Karlsruhe aufzuschalten. Weiter sind die Aufschaltebedingungen für Brandmeldeanlagen der Feuerwehr Oberderdingen zu berücksichtigen.
3. Die Bedachung (nicht nur die Dachhaut) sind aus nicht brennbaren Baustoffen herzustellen (vgl. Abschnitt 5.13.1 IndBauRL).
4. Die Lagerguthöhe ist dauerhaft auf max. 7,5 m zu begrenzen (vgl. Abschnitt 6.4.2 IndBauRL).
5. Bei der Bemessung und Sicherstellung der Rettungswegeführung ist zusätzlich der Abschnitt 5.6.5 IndBauRL (Rettungswege unterhalb von Überdachungen) zu berücksichtigen.
6. Der erforderliche zweite Ausgang (Rettungsweg) aus der Werkstatt (> 200 m<sup>2</sup> Grundfläche) ist in den Brandschutzplänen darzustellen und in der Werkstatt herzustellen.
7. Aus der Kantine (Pausenraum) ist ein zweiter Rettungsweg über mind. ein geeignetes Fenster (vgl. § 13 LBOAVO) sicherzustellen. Dieses Fenster ist ständig frei zugänglich zu halten und mit einem geeigneten nachleuchtenden Piktogramm als Notausstieg zu kennzeichnen.
8. Für das Lager (Einbau) über der Werkstatt sind die erforderlichen Rettungswege unter Berücksichtigung des Abschnitt 6 IndBauRL in den Brandschutzplänen nachzuweisen und für das Lager herzustellen.

9. Der Fluchtweg im Freien an der Nordseite der Lager- und Sortierhalle muss in zwei Richtungen nutzbar sein und somit auch an der Ostseite (Bereich Außenlager) an die Verkehrsfläche angebunden werden. Fluchtwege können grundsätzlich auch als Feuerwehruzugänge genutzt werden. Eine lichte Breite von mind. 1,25 m ist sicherzustellen.
10. Mindestens in der neu geplanten Lager- und Sortierhalle ist an gut zugänglichen Stellen geeignete Wandhydranten (Typ F) in ausreichender Zahl herzustellen (vgl. Abschnitt 5.14.1 und DIN 14462)
11. Für die Rauchableitung aus der Werkstatt (BE 17) erforderliche Tore müssen so hergestellt werden, dass diese manuell geöffnet werden können. Auf die Abschnitte 5.7.1.2 und 5.7.4.2 IndBauRL wird verwiesen (vgl. auch Abschnitt 7 Abweichung 4.7.4 des Brandschutzkonzeptes).

#### Bürogebäude Neubau

12. Die Vorgaben des § 9 Abs. 6 LBOAVO– Dächer vor höherführenden Wänden- sind zu berücksichtigen und umzusetzen.

#### Bürogebäude –Bestand- (Gebäudeklasse 1 laut Brandschutzkonzept)

13. Dieses Gebäude ist nicht „freistehend“ und somit mind. in die Gebäudeklasse 2 (vgl. § 2 Abs. 4 LBO) einzustufen. Die für diese Gebäudeklasse zutreffenden und geltenden Vorgaben der LBO und LBOAVO sind weiterhin zu berücksichtigen und sicherzustellen.

#### Allgemeiner Teil

14. In der geplanten Zaunanlage sind jeweils an den Hydrantenstandorten (öffentliches Leitungsnetz) Türöffnungen vorzusehen, um somit die erforderlichen –wirksamen Löscharbeiten- auf dem gesamten Betriebsgelände zeitnah durchführen zu können (vgl. § 15 Abs. 1 LBO). Die o. g. Türen müssen mit dem Generalschlüssel des Objekts zu öffnen sein.
15. Die Erhebung, Konzeption und Umsetzung zur Löschwasserrückhaltung sind unter Berücksichtigung der geltenden Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe (Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie - LöRüRL) - durchzuführen.

16. Bei der Lagerung von Gefahrstoffen (z. B. Gasflaschenlager) sind die Vorgaben der jeweils geltenden Regelwerke (z. B. TRGS 510) zu berücksichtigen und sicherzustellen.
  17. Es ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 für das Gesamtobjekt (Bestand, Einbauten und Außenanlagen) zu erstellen und dem Regierungspräsidium Karlsruhe vorzulegen (vgl. Abschnitt 5.14.2 IndBauRL).
  18. Für das Gesamtobjekt ist unter Berücksichtigung des Abschnitt 5.14.3 IndBauRL ein geeigneter Brandschutzbeauftragter durch den Betreiber zu bestellen. Die Aufgaben des Brandschutzbeauftragten sind festzuschreiben und müssen mindestens den Vorgaben des o. g. Abschnitt 5.14.3 entsprechen.
  19. Bei der Errichtung von Feuerungsanlagen und Brennstofflagerung sind die Vorgaben der geltenden Feuerungsverordnung zu berücksichtigen.
  20. Bezüglich der fehlenden Feuerwehrumfahrt (vgl. Abschnitt 5.2.2 IndBauRL) ist vom Antragsteller ein Antrag auf Abweichung bei der unteren Baurechtsbehörde zu stellen. Aus brandschutztechnischen Belangen kann unter Berücksichtigung der geplanten Verkehrsflächen auf dem Grundstück und des Feuerwehrumgangs (vgl. Ziffer 9 dieser Ergänzungen) eine Zustimmung in Aussicht gestellt werden.
- 
- 3.3 Zur Überwachung der Umsetzung des o. g. Brandschutzkonzeptes sowie der Ergänzungen ist ein geeigneter (vgl. Abschnitt 4.3 VwV Brandschutzprüfung) Fachbauleiter –Brandschutz- durch den Antragsteller **vor Baufreigabe** einzusetzen.
  - 3.4 Zur Schlussabnahme ist der unteren Baurechtsbehörde sowie dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, ein Abschlussbericht des Fachbauleiters –Brandschutz- vorzulegen, in dem die ordnungsgemäße Umsetzung aller Punkte aus dem o. g. Brandschutzkonzept sowie der Ergänzungen bestätigt wird.



#### **4. Betrieb und Organisation**

- 4.1 Die Anlage darf montags bis samstags von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr betrieben werden.
- 4.2 Die Betriebsleitung muss nachweislich über die Fachkunde i. S. d. § 9 der Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung (EfbV) und das sonstige Personal über die Sachkunde nach § 10 EfbV verfügen.
- 4.3 Der Betreiber der Anlage muss jederzeit über ausreichendes und für die jeweilige Aufgabe qualifiziertes Personal verfügen. Die aufgabenspezifische Schulung und Weiterbildung des Personals ist sicherzustellen.
- 4.4 Für die Gesamtanlage ist eine Betriebsordnung zu erstellen und an geeigneter Stelle auszuhängen.

Die Betriebsordnung hat den Ablauf und den Betrieb der Anlage zu regeln und mindestens folgende Inhalte zu berücksichtigen:

- Verhalten im Normalbetrieb,
  - Verhalten bei Betriebsstörungen,
  - Verhalten im Brandfall sowie
  - Verhalten bei Unfällen inklusive Erste-Hilfe-Maßnahmen.
- 4.5 Betriebsstörungen sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, unverzüglich unter Angabe über Art, Ort, Umfang und Dauer schriftlich zu melden, wenn sie die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit beeinträchtigen können. Dies gilt auch für sonstige Beeinträchtigungen sonstiger Schutzgüter.
- 4.6 Vor Inbetriebnahme ist ein Betriebshandbuch zu erstellen. Im Betriebshandbuch sind die Betriebsanleitung der Anlage bzw. der Anlagemodule für den Normalbetrieb, An- und Abfahren bzw. der Anlagenmodule, die Stillstandzeiten, die Instandhaltung und für Betriebsstörungen die Maßnahmen festzulegen, die für den ordnungsgemäßen Betrieb und die Betriebssicherheit der Anlage erforderlich sind. Im Betriebshandbuch sind die Aufgaben und Verantwortungsbereiche des Personals, die Kontrolle und Wartungsmaßnahmen sowie die Informations-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten festzulegen. Das Betriebshandbuch ist bei Bedarf fortzuschreiben.

Das Betriebshandbuch ist jederzeit zur Einsichtnahme durch die Aufsichtsbehörden bereitzuhalten.

4.7 Für den Betrieb ist ein Betriebstagebuch zu führen. Hierbei sind insbesondere die Bestimmungen der §§ 49 ff Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und §§ 23 ff Nachweisverordnung (NachwV) zu beachten. Das Betriebstagebuch muss mindestens folgende Daten enthalten:

- Annahmedatum der Abfälle,
- Zuordnung der jeweiligen Abfallschlüssel zu den angenommenen Abfällen,
- Mengen des angenommenen Abfalls (gewichtsmäßig ermittelt),
- Aussagen zur Annahmekontrolle,
- Angaben über den jeweiligen Abfallerzeuger mit vollständiger Anschrift und Anfallstelle,
- Angaben über den Verbleib der angenommenen Abfälle (Name und vollständige Anschrift des Abnehmers) (weiterer Entsorgungsweg),
- Angaben über zurückgewiesene Abfälle (insbesondere Abfallschlüssel, Abfallerzeuger (Adresse und Anfallstelle), Rückweisungsgrund, Datum und Menge),
- Betriebs- bzw. Stillstandszeiten der Anlage(n) sowie
- besondere Vorkommnisse, insbesondere Betriebsstörungen einschließlich der Ursachen und erfolgter Abhilfemaßnahmen (Fehlanzeige erforderlich).

4.8 Das Betriebstagebuch ist von der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes verantwortlichen Person regelmäßig zu überprüfen. Das Betriebstagebuch kann elektronisch geführt werden. Das Betriebstagebuch muss jederzeit einsehbar sein.

4.9 Es ist ein Jahresbericht zu erstellen und dem Regierungspräsidium Karlsruhe jährlich bis spätestens 31. März des Folgejahres vorzulegen. Der Inhalt und Umfang ist mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, abzustimmen.

## **5. Abfall**

5.1 Es dürfen nur die unter Ziffer IV. 1.8 aufgeführten Abfälle angenommen werden.

- 5.2 Die im Rahmen der Beurteilung der Störfallrelevanz der gefährlichen Abfälle festgelegten Annahmekriterien bzw. -beschränkungen (Kapitel 6 der Antragsunterlagen) sind zu beachten und einzuhalten.
- 5.3 Für gemischte gewerbliche Siedlungsabfälle und Bau- und Abbruchabfälle sind die Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) zu berücksichtigen (z. B. Dokumentationspflichten).
- 5.4 Für Abfälle sind geeignete Sammel-, Transport- und Lagerbehältnisse zu verwenden; sie sind entsprechend ihrem Inhalt (Abfallbezeichnung, Abfallschlüssel), Wassergefährdungsklasse (WGK) und Gefahrensymbol und -bezeichnung nach Gefahrstoffverordnung zu kennzeichnen.
- 5.5 Die Lagerboxen sind gemäß der jeweiligen Abfallbelegung sichtbar zu beschriften. Die Lagerung der Abfälle hat so zu erfolgen, dass die Gefahr einer möglichen Brandausbreitung minimiert wird. Beispielsweise durch die abwechselnde Lagerung brennbarer und nicht brennbarer Abfälle.
- 5.6 Vor Inbetriebnahme der Anlage sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, die Lagerboxen anhand eines Übersichtsplanes schriftlich zu nennen, welche ausschließlich für die Lagerung gefährlicher Abfälle vorgesehen werden.
- 5.7 Es ist innerhalb der neu geplanten Lager- und Sortierhalle eine Fläche vorzuhalten, auf der bei Verdacht auf Kontaminationen bzw. bei Falschdeklaration eine Materialanlieferung komplett abgekippt und näher untersucht werden kann (Sicherstellungsfläche). Es sind hier zudem geeignete Behälter vorzuhalten, in denen eine gefahrlose Zwischenlagerung bis zur Entsorgung möglich ist.
- 5.8 Abfälle mit wassergefährdenden bzw. gefährlichen Flüssigkeiten dürfen nur in flüssigkeitsdichten Containern innerhalb der neu geplanten Sortier- und Lagerhalle gelagert werden.
- 5.9 Im Kleinanliefererbereich (BE 12) dürfen ausschließlich sortenreine Abfälle in dichten, gedeckelten Containern zeitweilige gelagert werden. Die einzelnen Container sind gemäß ihrem Inhalt zu kennzeichnen und zu beschriften.

- 5.10 In den beiden geplanten Mulden für Metalle (BE 12) darf nur hochwertiges Nutzeisen, ohne Anhaftung gefährlicher bzw. wassergefährdender Stoffe zeitweilig gelagert werden.
- 5.11 Unter dem Abfallschlüssel AVV 16 01 06 (Altfahrzeuge, die weder Flüssigkeiten noch andere gefährliche Bestandteile enthalten) dürfen nur trockengelegte Restkarossen angenommen werden, welche nicht unter den Anwendungsbereich der Altfahrzeugverordnung fallen.
- 5.12 Abfälle, die durch den Anlagenbetrieb erzeugt werden, sind, ggf. nach chemischer Untersuchung, ordnungsgemäß zu entsorgen. Für die auf dem Betriebsgelände anfallenden gewerblichen Siedlungsabfälle sind die Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung zu beachten.
- 5.13 Vor Inbetriebnahme der Anlage sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, die geplanten Entsorgungswege für die Abfallschlüssel 16 01 15 und 20 01 27 sowie für die im Rahmen des Betriebs der Filteranlage anfallenden Filterstäube schriftlich darzulegen.
- 5.14 Vor Inbetriebnahme der Anlage ist ein Qualitätssicherungskonzept zu erstellen, in dem umfassend die Vorgehensweisen für Annahme, Umgang und Abgabe der Abfälle einschl. der Eigenkontrolle dargestellt wird. Das Konzept ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, zur Zustimmung vorzulegen.
- 5.15 Bei der Annahme der Abfälle ist eine Annahmekontrolle durchzuführen, die mindestens folgende Maßnahmen zu umfassen hat:
- Sichtkontrolle (Inaugenscheinnahme) des angelieferten Abfalls,
  - Dokumentation des Datums und der Uhrzeit der Abfallannahme,
  - Mengenermittlung in Gewichtseinheiten (t) und deren Dokumentation,
  - Dokumentation des Abfallerzeugers (Name und Anschrift),
  - Feststellung, ob der Abfall zur Annahme in der Anlage zugelassen ist,
  - Erfassung des Namens und der Anschrift des Beförderers und das amtliche Kennzeichen des Lieferfahrzeuges,
  - Erstellung eines Eingangsscheines (Lieferschein/ Annahmebeleg).

- 5.16 Bei der Annahme mineralischer Abfälle muss eine Deklarationsanalyse vorliegen, aus der die Einhaltung der im jeweils einschlägigen Regelwerk (VwV Boden, Dihlmann – Vorläufige Hinweise, Baden-Württemberg, DepV usw.) genannten Parameter hervorgeht. Andernfalls müssen die Abfälle auf die jeweiligen Schadstoffe nach der Annahme nachbeprobte werden. Weitere Parameter sind zu bestimmen, wenn Anhaltspunkte für ihr Vorhandensein vorliegen.
- 5.17 Abweichend von den Ziffern IV. 5.15 und IV. 5.16 dürfen Bodenaushub, Straßenaufbruch und Bauschutt auch ohne Deklarationsanalytik angenommen werden, wenn aufgrund der Herkunft und früheren Nutzung, sowie der organoleptischen Prüfung, eine Verunreinigung durch Schadstoffe ausgeschlossen werden kann. Dies ist zu dokumentieren.
- 5.18 Der angelieferte mineralische Abfall ist nach Abfallarten, Abfallschlüssel sowie innerhalb dieser, sofern erforderlich, nach Zuordnungsklassen getrennt zu lagern und zu kennzeichnen. Diese Kennzeichnung muss sowohl für das Eingangs- als auch für Ausgangsmaterial erfolgen und muss über die Art des Materials, Abfalltyp, die Zuordnungsklasse sowie das der Zuordnungsklassen-Einstufung zugrundeliegende Regelwerk (VwV Boden, Handlungshilfe Gleis-schotter, Dihlmann – vorläufige Hinweise Baden-Württemberg, DepV usw.) Auskunft geben.

Die Getrennthaltspflicht nach Satz 1 gilt nicht für Abfälle, die zulässigerweise gemischt verarbeitet und weiter entsorgt werden.

- 5.19 Das angenommene Altholz (Input) ist durch Sichtkontrolle und Sortierung den für den vorgesehenen Verwertungsweg zugelassenen Altholzkategorien gem. Anhang III der Altholzverordnung zuzuordnen. Das hierfür eingesetzte Personal muss über die erforderliche Sachkunde verfügen.
- 5.20 Das abgegebene Altholz (Output) ist gemäß den §§ 6,7 Altholzverordnung alle 500 Tonnen durch eine zugelassene Stelle zu beproben.
- 5.21 Werden Flächen nacheinander für die Lagerung unterschiedlicher Zuordnungsklassen genutzt, so sind die Flächen dazwischen zu reinigen, um eine Verschleppung von Schadstoffen zu verhindern.

- 5.22 Die Betriebsstunden der Behandlungsanlagen (Bauschuttbrecher- und Siebanlage, Altholzzerkleinerer, Kanalballenpresse sowie KMF-Pressen) sowie die Menge der behandelten Abfälle sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.
- 5.23 Die Altholz- und Bauschuttaufbereitung darf antragsgemäß nicht zeitgleich erfolgen.
- 5.24 Die Behandlungsaggregate (Brecher- und Siebanlage, Altholzzerkleinerer sowie KMF-Pressen) müssen nach der Behandlung von gefährlichen Abfällen gereinigt werden, sofern diese danach für die Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen eingesetzt werden sollen.
- 5.25 Die Reinigung der Brecher- und Siebanlage sowie des Altholzzerkleinerers kann nach der Behandlung gefährlicher Abfälle durch die Behandlung nicht gefährlicher Abfälle erfolgen. Dies hierbei entstehende Abfallcharge ist dann den gefährlichen Abfällen zuzuführen.
- 5.26 Die Reinigung der KMF-Pressen darf ausschließlich mit dem hierfür vorgesehenen Staubsauger erfolgen. Ein Abblasen von Staubablagerungen ist nicht gestattet.
- 5.27 Im Rahmen des Jahresberichtes nach § 31 BImSchG (vgl. Ziffer IV. 4.9) ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, eine Übersicht vorzulegen, in der u. a. die In- und Outputströme (Jahresdurchsatz in Tonnen) einzelner Abfälle nach Abfallschlüssel bzw. zusammengefasst nach Abfallart getrennt dokumentiert werden.

## **6. Immissionsschutz**

### Lärm

- 6.1 Die dem Antrag beigefügte Prognose über die zu erwartende Lärmemission und –immission vom 15. Mai 2020 (erstellt durch die ADU cologne Institut für Immissionsschutz GmbH) ist Bestandteil der Genehmigung. Die darin aufgeführten technischen bzw. organisatorischen Maßnahmen sind bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage zu beachten.

- 6.2 Der Geräuschbelastung (Beurteilungspegel der Geräuschimmissionen der Anlage einschließlich des Fahrverkehrs auf dem Betriebsgelände) liegen die Vorschriften der TA Lärm zu Grunde.
- 6.3 Als Immissionsrichtwert für die Immissionsorte 01 - 10 wird der gemäß der Emissionskontingentierung zulässige Immissionsanteil des gesamten Betriebsgeländes der Fa. Schwarz festgelegt. Für die übrigen Immissionsorte innerhalb des Bebauungsplangebiets gelten die Richtwerte der TA Lärm.

Der Immissionsbeitrag (Zusatzbelastung), hervorgerufen durch die Lärmemission aller zur Genehmigung gehörenden Anlageteile, darf an den maßgeblichen Immissionsorten folgende Werte nicht überschreiten:

<b>Maßgeblicher Immissionsort</b>	<b>Zulässiger Immissionsanteil gemäß B-Plan (tags)</b>	<b>Beurteilungspegel (tags)</b>
IO 1 - Felgenbutzstraße 49, 1. OG	42,8 dB(A)	-
IO 2 - Felgenbutzstraße 43, 1. OG	43,7 dB(A)	-
IO 3 - Felgenbutzstraße 31, 1. OG	44,4 dB(A)	-
IO 4 - Felgenbutzstraße 25, 1. OG	44,2 dB(A)	-
IO 5 - Felgenbutzstraße 15, 1. OG	44,4 dB(A)	-
IO 6 – Bissingerstraße 45, 1. OG	44,3 dB(A)	-
IO 7 – Kirchgeßnerplatz 7, 1. OG	43,7 dB(A)	-
IO 8 – Derdinger Straße 7, 1. OG	42,5 dB (A)	-
IO 9 – Keltenweg 12, 1. OG	41,1 dB (A)	-
IO 10 – Germanenweg 12, 1. OG	41,0 dB (A)	-
IO 11 – Robert-Bosch-Ring 18, Betriebswohnung Fa. W. Gross, 1. OG	-	64 dB (A)
IO 12 – Emil-von-Keßler-Str. 2 (Büro, 1. OG)	-	64 dB (A)
IO 13 – Robert-Bosch-Ring 37 (Büro, EG)	-	64 dB (A)
IO 14 - Robert-Bosch-Ring 37 (Wohngebäude, 1. OG)	-	64 dB (A)
IO 15 – Höhenburgstraße 31 (2. OG)	-	64 dB (A)
IO 16 – Höhenburgstraße 29 (1. OG)	-	64 dB (A)

- 6.4 Der messtechnische Nachweis über die Einhaltung der Immissionswerte wird zunächst ausgesetzt. Nach Aufforderung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, ist die Einhaltung der festgelegten Immissionsrichtwerte für Geräuschemissionen an den maßgeblichen Immissionsorten in der Nachbarschaft ermitteln zu lassen. Der Betreiber der Anlage trägt die Kosten der Messung.

Bei der Messung gilt:

- Die Messungen dürfen nicht von derjenigen Messstelle durchgeführt werden, die die Lärmprognose erstellt hat.
- Die Messstelle ist zu verpflichten, eine Messplanung zu erstellen, dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, den Termin der Messung mitzuteilen und Unterlagen über die Messplanung rechtzeitig, mindestens jedoch zwei Wochen vor Beginn der Messung vorzulegen.
- Eine Fertigung des Messberichts ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt zu übersenden.

#### Staub

- 6.5 Das Staubemissions- und -immissionsgutachten der Müller-BBM GmbH, Niederlassung Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 6, in 76133 Karlsruhe vom 08. Juni 2020, Bericht Nr. M143116/02, ist Bestandteil der Genehmigung. Die darin aufgeführten technischen bzw. organisatorischen Maßnahmen sind bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage zu beachten.
- 6.6 Die geplante Anlage ist so zu errichten und zu betreiben, dass während des gesamten Anlagenbetriebs, einschließlich Anlieferung, Lagerung und Abtransport, staubförmige Emissionen, soweit nach dem Stand der Technik möglich, vermieden werden.
- 6.7 Die Bauschutt- sowie die Altholzbehandlung sowie andere staubintensiven Arbeiten dürfen nur bei geschlossenen Hallentoren erfolgen. Während der Bauschutt- sowie Altholzbehandlung muss die Abluftreinigungsanlage in Betrieb sein.



- 6.8 Der genehmigte maximale Volumenstrom aus der Abluftreinigungsanlage beträgt antragsgemäß 15.000 m<sup>3</sup>/h (Norm trocken).
- 6.9 Die Abluftreinigungsanlage ist vom Betriebspersonal regelmäßig auf Funktion zu prüfen und nach den Angaben des Herstellers zu warten. Funktionskontrollen und Wartungsmaßnahmen sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.
- 6.10 Die staubförmigen Emissionen im abgeführten Abgas der Abluftreinigungsanlage dürfen die Massenkonzentration von 10 mg/m<sup>3</sup> Gesamtstaub sowie 20 mg/m<sup>3</sup> organische Stoffe (angegeben als Gesamtkohlenstoff) - jeweils angegeben im Normzustand (273,15 K, 101,3 kPa, trockenes Abgas) - nicht überschreiten.
- 6.11 Die Abgase der Abluftreinigungsanlage sind entsprechend der gutachterlichen Schornsteinhöhenberechnung nach TA Luft 2002 der Müller-BBM GmbH, Niederlassung Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 6 in 76133 Karlsruhe vom 08. Juni 2020, Bericht Nr. M143116/02 über einen Schornstein mit einer Höhe von mindestens 24,7 m über Grund senkrecht nach oben in die Atmosphäre abzuleiten.
- 6.12 An dem Abgaskamin der Absauganlage sind Messplätze und Messstrecken entsprechend den Empfehlungen der Richtlinie DIN EN 15259 „Luftbeschaffenheit – Messung von Emissionen aus stationären Quellen – Anforderungen an Messstrecken und Messplätze und an die Messaufgabe, den Messplan und den Messbericht“ einzurichten. Lage und Größe der Messöffnungen sind vor Durchführung der Emissionsmessungen im Einvernehmen mit der Messstelle festzulegen. Die Messplätze sollen ausreichend groß, leicht begehbar und so beschaffen und so ausgewählt sein, dass eine für die Emissionen der Anlage repräsentative und messtechnisch einwandfreie Emissionsmessung ermöglicht wird.
- 6.13 Die Einhaltung der unter Ziffer IV. 6.10 festgelegten Emissionsbegrenzungen ist erstmalig frühestens drei und spätestens sechs Monate nach der ersten Inbetriebnahme der Anlage und daran anschließend wiederkehrend alle drei Jahre durch ein Messgutachten einer nach § 29b Bundes-Immissionsschutzgesetz bekannt gegebenen Stelle nachzuweisen. Die Messungen sollen bei Betriebsbedingungen durchgeführt werden, die erfahrungsgemäß zu den

höchsten Emissionen führen können. Es ist eine Messung während des Betriebs des Bauschuttbrechers sowie eine weitere Messung während des Betriebs des Altholzzerkleinerers durchzuführen. Beide vorgenannten Messungen können an einem Termin stattfinden.

- 6.14 Die zugehörige Messplanung ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, mindestens vier Wochen vor Messbeginn vorzulegen.
- 6.15 Der Messbericht ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, spätestens vier Wochen nach Erstellung zu übersenden.
- 6.16 Beim Be- und Entladen sind die staubförmigen Emissionen u. a. durch folgende Maßnahmen der TA Luft zu begrenzen:

Maßnahmen, bezogen auf das Umschlagverfahren:

- größtmögliche Minimierung der Fallstrecke sowie
- Anpassung von Geräten an das jeweilige Material / den jeweiligen Abfall.

Maßnahmen, bezogen auf das Umschlaggerät:

- regelmäßige Wartung der Geräte sowie
- größtmögliche Minimierung von Anhaftungen.

- 6.17 Die Lkw-Fahrgeschwindigkeit von 10 km/h darf auf dem gesamten Betriebsgelände nicht überschritten werden. Die Lkw-Fahrer sind vor der Einfahrt in die Betriebseinheiten über die Fahrgeschwindigkeit zu informieren.
- 6.18 Die Fahrwege im Anlagenbereich sind in ordnungsgemäßem Zustand zu halten und regelmäßig, sowie nach Bedarf, zu säubern.

## **7. Wasserrecht**

### Entwässerung

- 7.1 Die Entwässerung der Erweiterungsfläche hat gemäß dem, den Antragsunterlagen beigefügten, Entwässerungsplan zu erfolgen.

- 7.2 Die Hoffläche der Erweiterungsfläche ist antragsgemäß in Betonbauweise zu befestigen und mit einer ordnungsgemäßen Entwässerung zu versehen.
- 7.3 Die Entwässerung ist im Trennsystem durchzuführen. Schmutzwasser darf nur in die Schmutzwasserleitungen und Regenwasser nur in die Regenwasserleitungen eingeleitet werden.
- 7.4 Das Bestandsgelände ist weiterhin, wie genehmigt, über den vorhandenen Abscheider NS 30 in den Schmutzwasserkanal zu entwässern.
- 7.5 Das unbelastete Dachflächenwasser der neuen Lager- und Sortierhalle sowie des neuen Bürogebäudes ist über eine Zisterne zu fassen. Der Notüberlauf der Zisterne ist über den kommunalen Regenwasserkanal in den Vorfluter zu entwässern.
- 7.6 Für die geplante Versickerung des Hofflächenwassers sowie die Einleitung des Hofflächenwassers über den kommunalen Regenwasserkanal in die Vorflut ist eine wasserrechtliche Erlaubnis gem. §§ 8,9 Abs. 1 Nr. 4, 57 WHG erforderlich. Diese ist in einem separaten Verfahren vor Inbetriebnahme der Anlage beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, zu beantragen.
- 7.7 Das anfallende Niederschlagswasser des wasserundurchlässig befestigten Lkw- und Containerabstellplatzes ist zu fassen. Die Fläche ist an den kommunalen Schmutzwasserkanal anzuschließen.

#### Wassergefährdende Stoffe / AwSV

- 7.8 Abfälle, welche als feste wassergefährdende Stoffe nach AwSV einzustufen sind, dürfen nur in der neu zu errichtenden geschlossenen Lager- und Sortierhalle zeitweilig gelagert und behandelt werden.
- 7.9 Bei der Lager- und Sortierhalle handelt es sich auf Grund der Lagermenge von größer 1.000 Tonnen fester wassergefährdender Stoffe um eine prüfpflichtige Anlage nach AwSV. Die Anlage ist nach § 46 Abs. 2 AwSV i. V. m. Anlage 5 Zeile 4 Spalte 2 vor Inbetriebnahme durch einen Sachverständigen

nach § 53 AwSV zu prüfen. Hierbei ist durch den Sachverständigen zu bestätigen, dass die Lager- und Sortierhalle die Anforderungen des § 26 Abs. 1 AwSV einhält.

- 7.10 Für die Anlage ist eine Anlagendokumentation nach § 43 AwSV sowie eine Betriebsanweisung nach § 44 AwSV zu erstellen.
- 7.11 Die Bodenbefestigung der Lager- und Sortierhalle ist so auszuführen, dass diese den betriebstechnischen Anforderungen sowie der Rückhaltung von Löschwasser genügt.
- 7.12 An den Türen und Toren der Lager- und Sortierhalle sind Aufkantungen oder mobile Sperren in ausreichender Höhe anzubringen, so dass das benötigte Löschwasservolumen innerhalb des Gebäudes zurückgehalten werden kann.
- 7.13 Im Brandfall anfallendes Löschwasser ist sicher und schadlos zurückzuhalten und zu entsorgen.
- 7.14 An den Übergabestellen des betrieblichen Schmutzwasserkanals zum öffentlichen Kanalnetz sind manuelle Absperreinrichtungen anzubringen, welche im Brandfall eine Rückhaltung des Löschwassers gewährleisten.
- 7.15 Das manuelle Abschiebern des internen Kanalnetzes zum öffentlichen Kanalnetz muss bei einer Betriebsstörung jederzeit, auch außerhalb der Betriebszeit, möglich sein. Die zuständige Feuerwehr ist über die Lage und Einsatzmöglichkeit des Kanalabsperrsystems zu informieren.

Die Mitarbeiter sind über die Handhabung der Schieber zu unterweisen. Die Unterweisung ist zu dokumentieren.

- 7.16 Es ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass kein belastetes Oberflächenwasser/Löschwasser in den kommunalen Regenwasserkanal gelangen kann.
- 7.17 Das Betriebspersonal ist vor dem erstmaligen Umgang mit den AwSV-Anlagen und regelmäßig wiederkehrend, mindestens einmal jährlich anhand der Betriebsanweisung nach § 44 AwSV zu unterweisen.

- 7.18 Die befestigten Lagerflächen sind regelmäßig auf Beschädigungen zu kontrollieren. Etwaige Beschädigungen sind unmittelbar zu beheben. Gleiches gilt für die Fahrwege auf dem gesamten Betriebsgelände. Diese Verpflichtung ist in die Betriebsanweisung nach § 44 AwSV aufzunehmen. Die Durchführung der Kontrollen und deren Ergebnisse sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.

#### Lagerung von Betriebs- und Hilfsmitteln in der Werkstatt (BE 17)

- 7.19 Die Lagerung wassergefährdender Stoffe (Hydrauliköl, Motoröl) hat nur in Gebinden zu erfolgen, die den gefahrgutrechtlichen Anforderungen genügen.
- 7.20 Die Gebinde mit wassergefährdenden Flüssigkeiten sind antragsgemäß auf flüssigkeitsundurchlässigen Auffangwannen zu lagern. Die eingesetzte Auffangwanne muss den wasserrechtlichen Anforderungen entsprechen. Ein entsprechender Nachweis (z. B. Übereinstimmung mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung) ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, vor Inbetriebnahme vorzulegen.
- Das Rückhaltevolumen der Rückhalteeinrichtung muss jeweils mindestens zehn Prozent des darüber gelagerten Gesamtvolumens, wenigstens jedoch den Rauminhalt des größten Behältnisses betragen.
- 7.21 Das Fass- und Gebindelager ist arbeitstäglich auf Leckagen zu kontrollieren. Die Kontrolle ist zu dokumentieren.

#### Hydraulikölanlage Ballenpresse

- 7.22 Die Ballenpresse ist in einer Auffangwanne zu errichten, in welcher im Falle einer Havarie austretendes Hydrauliköl sicher zurückgehalten wird. Die Auffangwanne muss den wasserrechtlichen Anforderungen entsprechen. Ein entsprechender Nachweis (z. B. Übereinstimmung mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung) ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, vor Inbetriebnahme vorzulegen.

Das Rückhaltevolumen der Auffangwanne muss wenigstens den Rauminhalt des Hydrauliktanks betragen.

- 7.23 Die Auffangwanne ist arbeitstäglich auf Leckagen zu kontrollieren. Die Kontrolle ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren.

## **8. Arbeitsschutz**

- 8.1 Die in den Antragsunterlagen beschriebenen Maßnahmen zum Arbeitsschutz sind umzusetzen und einzuhalten.
- 8.2 Vor Inbetriebnahme der Anlage hat der Arbeitgeber eine Gefährdungsbeurteilung für alle Betriebsbereiche und Arbeitsplätze durchzuführen. Die daraus resultierenden Schutzmaßnahmen sind umzusetzen. Das Ergebnis der Beurteilung, die festgelegten Maßnahmen des Arbeitsschutzes, sowie das Ergebnis ihrer Überprüfung sind schriftlich zu dokumentieren und dem Regierungspräsidium auf Verlangen vorzulegen. Die eingesetzten Arbeitnehmer sind vor erster Aufnahme der Tätigkeit und danach jährlich wiederkehrend über die Gefahren der Tätigkeiten und die notwendigen Schutzmaßnahmen zu unterweisen. Die unterwiesenen Arbeitnehmer haben die Teilnahme an den Unterweisungen schriftlich zu bestätigen.
- 8.3 Arbeitnehmer (auch von Fremdfirmen) sind vor Arbeitsaufnahme bzw. wiederkehrend mindestens einmal jährlich zu unterweisen. Die Unterweisungen sind zu dokumentieren. Die Teilnahme an den Unterweisungen ist schriftlich zu bestätigen.
- 8.4 Den Arbeitnehmern ist die erforderliche persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen.
- 8.5 Es sind Umkleidemöglichkeiten mit Schwarz-Weiß-Bereich für die Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen.
- 8.6 Für die Arbeitsstätte ist ein Flucht- und Rettungsplan aufzustellen. Er ist an geeigneter Stelle in der Arbeitsstätte auszulegen oder auszuhängen.
- 8.7 Vor Inbetriebnahme der Anlage ist ein Alarmplan und Notfallplan / -konzept mit Maßnahmen zu erstellen.

- 8.8 Dieselbetriebene Verladebagger und Radlader, welche innerhalb der geschlossenen Halle eingesetzt werden, sind mit Rußpartikelfiltern und geeigneten Filtersystemen für die Fahrerkabine auszustatten. Sofern dieselbetriebene Behandlungsaggregate (Brecher, Altholzzerkleinerer etc.) in der geschlossenen Halle zum Einsatz kommen, müssen diese auch über einen Rußpartikelfilter verfügen
- 8.9 Während des Betriebs der Behandlungsaggregate (Brecher, Altholzzerkleinerer) dürfen sich Personen in der Halle nur in Ausnahmefällen und mit ausreichender PSA aufhalten.

## **9. Naturschutz**

- 9.1 Es ist eine ökologische Baubegleitung einzusetzen, welche vor Beginn der Bauarbeiten die Wirksamkeit der durchgeführten CEF-Maßnahmen für die Zauneidechsen bestätigt. Mit der Baumaßnahme darf erst nach Bestätigung der Wirksamkeit der CEF-Maßnahme begonnen werden
- 9.2 Vor Beginn der Bauarbeiten ist ein Reptilienschutzzaun um das Ersatzhabitat zu errichten. Dieser ist über die Dauer der gesamten Baumaßnahme zu erhalten. Um zu vermeiden, dass der Reptilienschutzzaun überwachsen wird, muss die Vegetation regelmäßig beidseitig auf einer Breite von einem Meter einmal im Monat gemäht werden. Zudem ist die Funktionsfähigkeit des Zaunes einmal im Monat im Rahmen einer ökologischen Baubegleitung zu kontrollieren.
- 9.3 Zusätzlich ist für die Dauer der Bauarbeiten eine Absperrung /Einzäunung der CEF-Fläche (Ausgleichsfläche) vorzunehmen, um ein Befahren bzw. das ungenehmigte Lagern von Baumaterialien oder Gegenständen auf dieser Fläche auszuschließen.
- 9.4 Die Pflege und Erhaltung der Ausgleichsfläche für Zauneidechsen muss über einen Zeitraum von mindestens 25 Jahren erfolgen.
- 9.5 Während des vorgenannten Zeitraums ist ein Monitoring zur Sicherung der sachgemäßen Pflege der Ausgleichsfläche und zur Dokumentation der Entwicklung des Zauneidechsenvorkommens durchzuführen. In den ersten fünf

Jahren sind jährlich drei Begehungen, in den darauffolgenden 20 Jahren jährlich eine Begehung durchzuführen. Die Durchführung des Monitorings ist nur während der Aktivzeit der Zauneidechsen, zwischen April und August, möglich.

- 9.6 Die Monitoringberichte sind der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Karlsruhe sowie dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, unaufgefordert vorzulegen.

## **10. Altlasten und Bodenschutz**

- 10.1 Sofern Auffüllungen und Geländemodellierungen im Zuge der Bebauung vorgesehen sind, ist nach den Vorgaben der VwV Boden bzw. des RC-Erlasses („Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“) zu verfahren. Die Vorhaben sind mit dem Landratsamt Karlsruhe abzustimmen.

## **11. Sicherheitsleistung**

- 11.1 Zur Sicherstellung der Erfüllung der Betreiberpflichten nach Stilllegung des Betriebs ist gemäß §§ 12 Abs. 1 Satz 2, 5 Abs. 3 BImSchG eine Sicherheitsleistung in **Höhe von 395.845,00 €** zu erbringen.
- 11.2 Die Sicherheitsleistung ist in Form einer unbefristeten selbstschuldnerischen Bürgschaft zugunsten des Landes Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, zu erbringen.

Die Bürgschaft ist von einem

1. in der Europäischen Gemeinschaft oder
2. in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
3. in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer zu stellen.

Die Bürgschaftserklärung bedarf der Schriftform (§ 766 BGB); sie muss den Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit und der Vorklage (§§ 770, 771 BGB) enthalten.



- 11.3 Die Bürgschaftsurkunde ist im Original beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Schlossplatz 1-3, 76131 Karlsruhe, zu hinterlegen.
- 11.4 Der Abschluss und das Fortbestehen eines rechtswirksamen Bürgschaftsvertrags als Sicherheitsleistung sowie die Hinterlegung der zugehörigen Bürgschaftsurkunde sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, **vor Inbetriebnahme** vorzulegen.
- 11.5 Ein Betreiberwechsel ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe mindestens zwei Wochen vorher anzuzeigen. Im Falle des Übergangs der Anlage auf einen neuen Betreiber darf dieser den Betrieb der Anlage erst aufnehmen, nachdem er selbst die erforderliche Sicherheit entsprechend den obenstehenden Vorgaben beim Regierungspräsidium Karlsruhe hinterlegt hat.
- 11.6 Die Bürgschaftsurkunde wird zurückgegeben, wenn die Betreiberpflichten nach § 5 Abs. 3 BImSchG erfüllt sind oder im Falle eines Betreiberwechsels der neue Betreiber die erforderliche Sicherheit erbracht hat.
- 11.7 Die Genehmigungsbehörde behält sich vor, die Höhe der Sicherheitsleistung bei Bedarf anzupassen. Ein Anpassungsbedarf kann sich insbesondere daraus ergeben,
1. dass sich die marktüblichen Entsorgungspreise für die in der Anlage zugelassenen Abfälle wesentlich ändern oder
  2. dass sich die Kapazität der Anlage oder die Qualität der in der Anlage zugelassenen Abfälle erheblich ändern (durch ein immissionsschutzrechtliches Anzeige- oder Genehmigungsverfahren).

## **V. Begründung**

### **1. Sachverhalt**

Die Schwarz Rohstoff GmbH betreibt an ihrem bestehenden Standort am Robert-Bosch-Ring 22-23 in 75038 Oberderdingen-FleHINGen (Flurstück 10830) eine mit immissionsschutzrechtlicher Genehmigung des Landratsamtes Karlsruhe vom 08.06.2009 (Az.: 106.11) zugelassene sowie mit immissionsschutzrechtlicher Änderungsgenehmigung des Landratsamtes Karlsruhe vom 23.11.2015 (Az.: 51.12001-106.111-2722917) geänderte Anlage zur Zwischenlagerung und zur Behandlung von Eisen- und Nichteisenschrotte, Nutzeisen, Kabel sowie Altholz und gemischte Bau- und Abbruchabfällen.

Der (bisherige) Betrieb umfasst fünf gemäß den folgenden Nummern des Anhangs 1 zur 4. BImSchV genehmigungsbedürftige Anlagen:

- a) Nr. 8.11.2.4 (V) – Anlage zur sonstigen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, soweit nicht von Nummer 8.11.2.3 erfasst, mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag,
- b) Nr. 8.12.1.2 (V) - Anlage zur zeitweilige Lagerung von gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 30 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen,
- c) Nr. 8.12.2 (V) – Anlage zur zeitweiligen Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr,
- d) Nr. 8.12.3.2 (V) – Anlage zur zeitweilige Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 1.000 bis weniger als 15.000 m<sup>2</sup> oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 bis weniger als 1.500 Tonnen sowie
- e) Nr. 8.15.3 (V) – Anlage zum Umschlagen von Abfällen, soweit nicht von Nummer 8.12 oder 8.14 erfasst, mit einer Kapazität von 100 Tonnen oder mehr nicht gefährlichen Abfällen je Tag.

Mit Antrag vom 12.03.2019, eingegangen am 13.03.2019, zuletzt ergänzt am 30.06.2020 hat die Schwarz Rohstoff GmbH den Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb sowie die Erweiterung einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen sowie zur Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten im Robert-

Bosch-Ring 22-23, Flst.-Nr. 9858/3, 9860/8, 9860/7, 10830, 10831 und 10832 (Teil) in 75038 Oberderdingen-Flehingen, eingereicht.

Durch die beantragte Änderung umfasst der Betrieb zukünftig folgende sechs Anlagen gemäß Anhang 1 der 4. BImSchV:

- a) Nr. 8.11.2.1 (GE) - Anlage zur sonstigen Behandlung von gefährlichen Abfällen mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag (hier: 320 t/d),
- b) Nr. 8.11.2.3 (GE) - Anlage zur sonstigen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, soweit diese für die Verbrennung oder Mitverbrennung vorbehandelt werden, mit einer Durchsatzkapazität von 50 (hier: 100 t/d),
- c) Nr. 8.11.2.4 (V) - Anlage zur sonstigen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, soweit nicht von Nummer 8.11.2.3 erfasst, mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag (hier: 1.240 t/d),
- d) Nr. 8.12.1.1 (GE) - Anlage zur zeitweilige Lagerung von gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 50 Tonnen oder mehr (hier: 1.262 t),
- e) Nr. 8.12.2 (V) - Anlage zur zeitweiligen Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr hier: 2.071 t),
- f) Nr. 8.12.3.2 (G) - Anlage zur zeitweilige Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 15.000 m<sup>2</sup> oder einer Gesamtlagerkapazität von 1.500 Tonnen oder mehr (hier: 3.000 t).

Die bisher genehmigte Anlage Ziffer 8.15.3 (V) zum Umschlag von nicht gefährlichen Abfällen ist nach Einschätzung der Antragstellerin für den Betrieb der Firma Schwarz nicht mehr erforderlich. Aus diesem Grund hat die Antragstellerin mit vorliegendem Genehmigungsantrag auf die Ziffer 8.15.3 (V) gemäß Anhang 1 der 4. BImSchV verzichtet.

## **2. Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Karlsruhe für die Erteilung dieser Genehmigung ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) der Verordnung der Landesregierung und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über Zuständigkeiten für Angelegenheiten des Immissionsschutzes (Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung – ImSchZuVO) vom 11. Mai 2010 (GBl. Nr. 8, S. 406) in der derzeit gültigen Fassung.

### **3. Genehmigungsverfahren**

Das Vorhaben bedarf einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach den §§ 4 und 10 BImSchG in Verbindung mit den §§ 1 und 2 der 4. BImSchV sowie den Nummer 8.11.2.1 (GE), 8.11.2.3 (GE), 8.11.2.4 (V), 8.12.1.1 (GE), 8.12.2 (V) und 8.12.3.1 (G) des Anhangs 1 der 4. BImSchV.

Das Verfahren war aufgrund der damit verbundenen grundlegenden Veränderung des Anlagencharakters als immissionsschutzrechtliches Neugenehmigungsverfahren gemäß §§ 4, 10 BImSchG zu führen.

Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren wurde gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 der 4. BImSchV nach Maßgabe der §§ 4 ff. und 10 BImSchG und den Bestimmungen der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) als förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat darauf hingewirkt, dass die Schwarz Rohstoff GmbH eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchführt.

Das Vorhaben fällt in den Anwendungsbereich des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Es war daher eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 1 Ziffer 8.7.1.1 des UVPG durchzuführen. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Das Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständige Behörde kam aufgrund überschlägiger Prüfung zum Ergebnis, dass durch das Vorhaben unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schutzmaßnahmen keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter zu befürchten sind. Die Feststellung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt werden muss, wurde am 10. September 2020 auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe bekannt gegeben.

Gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG wurden das Landratsamt Karlsruhe (untere Baurechtsbehörde, untere Wasser- und Bodenschutzbehörde, untere Naturschutzbehörde so-

wie das Amt für Bevölkerungsschutz, SG Vorbeugender Brandschutz) sowie die Gemeinde Oberderdingen als Standortgemeinde als Träger öffentlicher Belange (TöB) am Verfahren beteiligt. Die Anhörung der oben genannten Behördenvertreter erfolgte am 01. April 2019 durch das Regierungspräsidium Karlsruhe.

Die Gemeinde Oberderdingen teilt in ihrer Stellungnahme vom 21. Mai 2019 mit, dass bei bebauungsplankonformer Errichtung der Erweiterungsanlage keine städtebaulichen Bedenken bestehen. Das Einvernehmen nach § 36 BauGB wurde erteilt.

Mit Datum vom 06. Mai 2019 hat das Landratsamt Karlsruhe als untere Baurechtsbehörde, untere Wasser- und Bodenschutzbehörde, untere Naturschutzbehörde sowie als Amt für Bevölkerungsschutz, SG Vorbeugender Brandschutz seine Stellungnahme abgegeben.

Im Ergebnis waren die Unterlagen für die abschließende Bewertung des Antrages nicht ausreichend und mussten überarbeitet werden. Die überarbeiteten und dem Antrag zugrundeliegenden Unterlagen (Stand 22. Juni 2020) wurden am 30. Juni 2020 beim Regierungspräsidium Karlsruhe eingereicht. Mit Schreiben vom 30. Juni 2020 wurden dem Landratsamt Karlsruhe die geänderten Antragsunterlagen durch das Regierungspräsidium Karlsruhe zugesandt und um abschließende Stellungnahme gebeten.

Mit Datum vom 28. Juli 2020 hat das Landratsamt Karlsruhe als untere Baurechtsbehörde, untere Wasser- und Bodenschutzbehörde, untere Naturschutzbehörde sowie als Amt für Bevölkerungsschutz, SG Vorbeugender Brandschutz seine abschließende Stellungnahme abgegeben. Es wurden keine Einwände gegen das Vorhaben vorgebracht. Die vorgebrachten Auflagen oder Nebenbestimmungen wurden unter Ziffer IV. dieser Entscheidung berücksichtigt.

Gemäß § 7 Abs. 2 der 9. BImSchV wurde der Antragstellerin die Vollständigkeit der Antragsunterlagen am 07. August 2020 bestätigt.

Mit Schreiben (E-Mail) vom 04. September 2020 wurden die Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Baden-Württemberg e.V., Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV) und Naturschutzbund Deutschland (NABU)– Landesverband Baden-Württemberg e.V. über das

Vorhaben informiert. Sie erhielten ebenfalls die Möglichkeit sich zu dem Vorhaben zu äußern.

Das Vorhaben wurde am 04. September 2020 auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe und der Gemeinde Oberderdingen sowie im Staatsanzeiger Baden-Württemberg öffentlich bekannt gemacht. Für den Erörterungstermin wurde der 03. Dezember 2020 festgelegt.

Der Genehmigungsantrag mit den zugehörigen Unterlagen sowie den entscheidungserheblichen Berichten und Empfehlungen, die dem Regierungspräsidium Karlsruhe zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorlagen, lagen, jeweils einschließlich, vom 14. September 2020 bis 13. Oktober 2020 bei der Gemeinde Oberderdingen und dem Regierungspräsidium Karlsruhe zur Einsichtnahme aus. Zusätzlich wurden die vorgenannten Unterlagen auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe veröffentlicht.

Die gesetzliche Einwendungsfrist begann am 14. September 2020 und endete am 13. November 2020. In dieser Frist ging von Seiten der Umweltverbände BUND, LNV und NABU eine gemeinsame, durch den BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein erarbeitete Stellungnahme ein. Von Seiten der Bürger wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in Ausübung des ihm zustehenden Ermessens beschlossen, keinen Erörterungstermin durchzuführen. Der für Donnerstag, den 03. Dezember 2020 anberaumte Erörterungstermin wurde abgesagt. Die Absage des Erörterungstermins wurde am 25. November 2020 auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe bekannt gegeben.

Die Absage des Erörterungstermins wurde durch das Regierungspräsidium Karlsruhe im Vorfeld mit den Einwendern besprochen. Es wurde im Einvernehmen mit den Einwendern beschlossen, dass diese im weiteren Verfahren durch das Regierungspräsidium beteiligt werden. Die Einwender stimmten dieser Vorgehensweise mit E-Mail vom 17. November 2020 zu. Zu den im Rahmen der Stellungnahme des BUND vorgebrachten Einwendungen haben die Antragstellerin sowie das Regierungspräsidium Karlsruhe mit Schreiben vom 18. Dezember 2020 Stellung genommen. Den Einwendern wurde die Möglichkeit gegeben, sich zu der Stellungnahme nochmals schriftlich zu äußern. Zudem wurde durch das Regierungspräsidium Karlsruhe angeboten, die

einzelnen Punkte trilateral (Einwender, Antragstellerin sowie Genehmigungsbehörde) in einer Online-Besprechung zu erörtern. Mit Schreiben vom 22. Januar 2021 haben die Einwender ihre abschließende Stellungnahme eingereicht. Auf die Durchführung einer trilateralen Besprechung wurde von Seiten der Einwender verzichtet.

#### **4. Entscheidungsgründe**

Die beantragte immissionsschutzrechtliche Genehmigung ist zu erteilen, da sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG und einer auf Grund des § 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen (§ 6 Abs. 1 BImSchG).

Gemäß § 5 Abs. 1 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen durch den Betreiber so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG);
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG);
- Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG) und
- Energie sparsam und effizient verwendet wird (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG).

Nach § 36 Abs. 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) darf ein Verwaltungsakt, auf den ein Anspruch besteht, nur dann mit Nebenbestimmungen versehen werden, wenn sie durch Rechtsvorschrift zugelassen sind, oder wenn sie sicherstellen sollen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen des Verwaltungsaktes erfüllt werden. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 BImSchG besteht ein Rechtsanspruch auf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung, wenn die dort genannten Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind. § 12 Abs. 1 BImSchG enthält die gesetzliche Zulassung von

Nebenbestimmungen, indem die immissionsschutzrechtliche Genehmigung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden kann, soweit dies erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 6 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen.

Dem Genehmigungsantrag konnte unter den in Ziffer IV. dieses Bescheides festgelegten Nebenbestimmungen stattgegeben werden (§ 12 Abs.1 BImSchG). Die Nebenbestimmungen sind erforderlich, um die Erfüllung der in § 6 BImSchG genannten Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen.

#### 4.1. Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

##### Bauplanungsrecht

Das Vorhaben ist bauplanungsrechtlich zulässig. Es liegt im Geltungsbereich des festgesetzten Bebauungsplanes „Industriegebiet Oberderdingen (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt“ (rechtsverbindlich seit 19. Dezember 2019).

Als Art der baulichen Nutzung setzt der Bebauungsplan ein Industriegebiet (GI) (§ 9 BauNVO) fest. Das Industriegebiet dient ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben, und zwar vorwiegend solcher Betriebe, die in anderen Baugebieten unzulässig sind.

Zulässig in diesem Industriegebiet sind Gewerbebetriebe aller Art, wenn sie unter Anlagen und Betriebsarten der Abstandsklassen V, VI und VII der Abstandsliste 2007 (NRW) und Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad fallen sowie Anlagen und Betriebsarten mit den Nrn. 72, 73 und 76 aus der Abstandsklassen IV der Abstandsliste 2007 (NRW), sofern sie nach Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) keine relevanten geruchsemitierenden Abfälle lagern oder umschlagen.

Zudem sind ausnahmsweise Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, zulässig.

Zur bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens wurde die zuständige untere Bauplanungsbehörde der Gemeinde Oberderdingen um Stellungnahme gebeten. Die Gemeinde Oberderdingen teilte in ihrem Schreiben vom 21. Mai 2019 daraufhin mit,



dass bei bebauungsplankonformer Errichtung der Erweiterungsfläche keine städtebaulichen Bedenken gegen das Vorhaben bestehen.

Die Gemeinde Oberderdingen hat im Rahmen der Stellungnahme ihr bauplanungsrechtliches Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB) erteilt.

#### Baugenehmigung

In Bezug auf die erforderliche Baugenehmigung gemäß § 49 LBO wurde die zuständige untere Baurechtsbehörde des Landratsamts Karlsruhe angehört. Die untere Baurechtsbehörde hat dem Bauantrag zugestimmt und ergänzende Anforderungen gestellt, welche als Nebenbestimmungen unter Ziffer IV. 2 dieser Entscheidung berücksichtigt wurden. Die Baugenehmigung wird ohne Baufreigabe erteilt.

Die beantragte Errichtung einer Betreiberwohnung (Ausnahme von Festsetzungen des Bebauungsplans gem. § 31 Abs. 1 BauGB) kann unter Einhaltung der unter Ziffer IV. 2.7 aufgeführten Bedingungen ausnahmsweise zugelassen werden.

#### 4.2. Brandschutz

Das durch das Ingenieurbüro für Technischen Umweltschutz Dr.-Ing. Frank Dröscher GmbH, erstellte Brandschutzkonzept - Gesamtbetrieb - in der Fassung vom 11. Juni 2020 ist Bestandteil der Genehmigungsunterlagen.

Das Amt für Bevölkerungsschutz - Brandschutz - des Landratsamtes Karlsruhe hat dem o. g. Brandschutznachweis zugestimmt und ergänzende Anforderungen gestellt, welche als Nebenbestimmungen unter Ziffer IV. 3 dieser Entscheidung berücksichtigt wurden.

Der in Abschnitt 7 des o. g. Brandschutzkonzeptes beantragten Abweichung von Nummer 6.2 Tabelle 2 IndBauRL – tragende und aussteifende Bauteile aus feuerhemmenden Baustoffen, Sicherheitskategorie K2 - kann aus brandschutztechnischer Sicht nur zugestimmt werden, wenn eine mindestens feuerhemmende Bauart hergestellt wird. In diesem Fall beträgt die maximal zulässige Brandabschnittsfläche 4.500 m<sup>2</sup>, gemäß Nummer 6.2 Tabelle 2 IndBauRL. Die vorhandene Brandabschnittsfläche von ca. 5.508 m<sup>2</sup> überschreitet diese zwar, jedoch wird in Abschnitt 7 des Brandschutzkonzeptes dargelegt, dass sich die eigentliche Hallenfläche für die zeitweilige Lagerung und Behandlung von Abfällen auf ca. 4.339 m<sup>2</sup> (< 4.500 m<sup>2</sup>) reduziert. Dies wird in der Nebenbestimmung Ziffer IV. 3.2 Nr. 1 berücksichtigt.

Der in Abschnitt 7 des o. g. Brandschutzkonzeptes beantragten Abweichung von Nummer 5.7 IndBauRL – Rauchableitung - kann aus brandschutztechnischer Sicht unter der Maßgabe zugestimmt werden, dass die für die Rauchableitung aus der Werkstatt erforderlichen Tore so hergestellt werden, dass diese manuell geöffnet werden können. Diese Bedingung wird in der Nebenbestimmung Ziffer IV 3.2 Nr. 11 berücksichtigt.

Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen beschriebenen Verfahrensdurchführung sowie der unter Ziffer IV. 3 aufgeführten Nebenbestimmungen bestehen aus Sicht des Brandschutzes keine Bedenken gegen das Vorhaben.

#### 4.3. Anlagensicherheit

Im Rahmen der Antragstellung wurde durch das Ingenieurbüro Görisch eine Beurteilung der Störfallrelevanz der gefährlichen Abfälle und Betriebsmittel durchgeführt.

Als Ergebnis der Beurteilung kann festgestellt werden, dass die Anlage nicht als Teil eines Betriebsbereiches nach § 1 der 12. BImSchV (Störfall-Verordnung) einzustufen ist.

#### 4.4. Immissionsschutz

Durch die, den Antragsunterlagen beigefügten Gutachten und Prognosen werden die erforderlichen Prüfungen und Berechnungen nach TA Lärm und TA Luft durchgeführt und bewertet. Eine Prüfung und Berechnung der Geruchsemissionen war im vorliegenden Fall nicht erforderlich, da keine geruchsintensiven Abfälle zeitweilig gelagert bzw. behandelt werden.

#### Luftschadstoffe / Staub / Gerüche

Schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftschadstoffe sind nicht zu besorgen. Der Vorsorgepflicht wird mit der Einhaltung der unter Ziffer IV. 6.5 – 6.18 genannten Emissionsbegrenzungen Genüge getan.

Gemäß dem Staubemissions- und immissionsgutachten der Müller-BBM GmbH, welches Bestandteil der Antragsunterlagen ist, überschreiten die diffusen Staubemissio-

nen mit 0,70 kg/h den Bagatellmassenstrom von 0,1 kg/h gemäß Nr. 4.6.1.1 Buchstabe b) TA Luft. Aufgrund der Überschreitung des Bagatellmassenstroms war es erforderlich, die Immissionskenngrößen gem. Nr. 4.6.1.1 der TA Luft zu bestimmen.

Die Zusatzbelastung durch den Betrieb der zukünftigen Gesamtanlage der Firma Schwarz wurde mit einer Ausbreitungsrechnung prognostiziert. Als Ergebnis der Ausbreitungsrechnung ist festzustellen, dass die Zusatzbelastung sowohl für Schwebstaub PM<sub>10</sub> als auch Staubniederschlag durch den Betrieb der zukünftigen Gesamtanlage der Firma Schwarz an den umgebenden Immissionsorten irrelevant im Sinne der Nr. 4.1 Buchstabe c) der TA-Luft ist und somit keine Ermittlung der Gesamtbelastung an Schwebstaub PM<sub>10</sub> als auch Staubniederschlag erforderlich ist. Zudem ist für Schwebstaub PM<sub>10</sub> an den Beurteilungspunkten nicht mit einer Überschreitung der zulässigen Anzahl von 35 Tagen mit Tagesmittelwerten größer 50 µg/m<sup>3</sup> zu rechnen. Auf Grund der an den Beurteilungspunkten auftretenden geringen PM<sub>10</sub>-Zusatzbelastung ist nach Aussage des Gutachters auch der Schutz hinsichtlich des Schwebstaubs PM<sub>2,5</sub> sichergestellt.

Bezüglich der erforderlichen Höhe des Schornsteins wurde auf Basis der TA Luft ein Gutachten der Müller-BBM GmbH vorgelegt, das unter Berücksichtigung der Emissionsmassenströme und eines ungestörten Abtransportes der Schadstoffe mit der freien Luftströmung zu dem Ergebnis kommt, dass der Kamin der Abluftreinigungsanlage eine Höhe von 24,7 m aufweisen muss.

### Lärm

Das Betriebsgelände der Firma Schwarz liegt im räumlichen Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Industriegebiet Oberderdingen“ (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt mit örtlichen Bauvorschriften. Demnach sind für das künftige Gesamtgelände der Firma Schwarz Emissionskontingente von  $LEK_{Tag} = 65 \text{ dB (A) pro m}^2$  und  $LEK_{Nacht} = 50 \text{ dB (A) pro m}^2$  festgesetzt.

Die Berechnung der hieraus resultierenden Immissionsanteile für die Bestands- und Erweiterungsfläche der Firma Schwarz (Zusatzbelastung) erfolgte gemäß DIN 45691. Auf diese Weise korrelieren Emissions- und Immissionskontingente reproduzierbar und über einen in der DIN 45691 festgelegte Berechnungsalgorithmus miteinander.

Gemäß der dem Antrag beigefügten Prognose über die zu erwartende Lärmemission und –immission vom 15. Mai 2020 (erstellt durch die ADU cologne Institut für Immissi-

onsschutz GmbH) konnte nachgewiesen werden, dass die Beurteilungspegel der Zusatzbelastung die gemäß der Emissionskontigentierung zulässigen Teilemissionen an den maßgeblichen Immissionsorten einhalten bzw. unterschreiten. An den maßgeblichen Immissionsorten, welche innerhalb des Bebauungsplangebietes liegen, sind die Immissionsrichtwerte der TA Lärm um mindestens 6 dB (A) unterschritten. Aus diesem Grund setzt das Regierungspräsidium Karlsruhe den messtechnischen Nachweis über die Einhaltung der Immissionsrichtwerte nach Inbetriebnahme der Anlage derzeit aus.

#### 4.5. Abfallvermeidung, Abfallverwertung, Abfallbeseitigung

Die abfallrechtlich einzuhaltenden Anforderungen ergeben sich vorwiegend aus den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und den dazugehörigen Verordnungen. Die entsprechenden Nebenbestimmungen stellen sicher, dass die Anforderungen des Abfallrechts eingehalten werden. Insbesondere ist der ordnungsgemäße Umgang mit Abfällen nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG und eine ordnungsgemäße Verwertung bzw. Beseitigung der Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit gewährleistet.

Weitere Nebenbestimmungen sind insoweit aufgrund der direkten und unmittelbaren Wirkung der Vorgaben des Abfallrechts nicht erforderlich.

#### 4.6. Energieeffizienz

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass Energie sparsam und effizient verwendet wird. Energieintensive Prozesse oder Anlagen werden nicht betrieben.

#### 4.7. Wasser- und Bodenschutz

##### Indirekteinleitung nach § 58 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Gemäß § 58 Abs. 1 WHG bedarf die Einleitung von Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen (Indirekteinleitung) einer Genehmigung, soweit an das Abwasser in der Abwasserverordnung Anforderungen für den Ort des Anfalls des Abwassers oder vor seiner Vermischung festgelegt sind.

Der im Rahmen der Antragsunterlagen aufgeführte Anhang 27 „Behandlung von Abfällen durch chemische und physikalische Verfahren (CP-Anlagen) sowie Altölaufbereitung“ der Abwasserverordnung (AbwV) ist nicht einschlägig und trifft für die genannte Entwässerung der Dach- und Hoffläche sowie der sanitären Anlagen nicht zu. Eine chemische und physikalische Behandlung von Abfällen sowie eine Altölaufbereitung findet auf dem Betriebsgelände der Firma Schwarz nicht statt. Zudem fallen im Rahmen der in der Lager- und Sortierhalle durchgeführten rein physikalischen Abfallbehandlung keine Abwässer an. Auf dem Betriebsgelände (Hoffläche) werden keine Abfälle behandelt. Somit fallen auf dem Betriebsgelände keine betrieblichen Abwässer an.

Eine Indirekteinleitung nach § 58 Abs. 1 (WHG) ist somit nicht erforderlich. Der Antrag auf Indirekteinleitung war somit abzulehnen.

#### Entwässerung

Auf dem Bestandsgelände werden keine Änderungen an der genehmigten Entwässerung vorgenommen. Das Bestandsgelände wird weiterhin wie genehmigt über den vorhandenen Abscheider NS 30 in den Schmutzwasserkanal entwässert.

Die Erweiterungsfläche wird in asphaltbauweise befestigt. Abfälle werden ausschließlich witterungsgeschützt in der neu geplanten Lager- und Sortierhalle gelagert und behandelt. Lediglich im Kleinanliefererbereich (BE 12) werden Abfälle auf der Freifläche, in dichten, gedeckelten Containern, gelagert. Betriebliches Abwasser (Abwasser aus der Lagerung oder Behandlung von Abfällen) fällt in den vorgenannten Bereichen nicht an.

Die Entwässerung der Erweiterungsfläche ist gemäß den planungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Gemeinsamen Änderung des Bebauungsplans „Industriegebiet Oberderdingen“ (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt mit örtlichen Bauvorschriften im Trennsystem durchzuführen. Schmutzwasser darf hierbei nur in die Schmutzwasserleitungen und Regenwasser nur in die Regenwasserleitungen eingeleitet werden.

Das unbelastete Dachflächenwasser der neuen Lager- und Sortierhalle sowie des neuen Bürogebäudes ist entsprechend den Antragsunterlagen (Anlage 10, Entwässerungsplan, Plan Nr. 7 BA) in einer Zisterne zu fassen. . Der Notüberlauf der Zisterne wird an den kommunalen Regenwasserkanal angeschlossen.

Das Hofflächenwasser der Erweiterungsfläche soll gemäß der in den Antragsunterlagen enthaltenen Entwässerungsplanung zum einen Teil in die umliegenden Grünflächen versickert und zum anderen Teil über den kommunalen Regenwasserkanal in die Vorflut eingeleitet werden. Hierfür ist eine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß §§ 8, 9 Abs. 1 Nr. 4, 57 WHG erforderlich. Diese ist nicht im Rahmen des immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens eingeschlossen. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, zu beantragen. Über die Zulässigkeit der Direkteinleitung ist somit in einem separaten Verfahren zu entscheiden.

Das anfallende Niederschlagswasser des wasserundurchlässig befestigten Lkw- und Containerabstellplatzes (BE 11) wird separat gefasst und in den kommunalen Schmutzwasserkanal eingeleitet.

#### Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Bei der neu geplanten Lager- und Sortierhalle handelt es sich, auf Grund der Lagerung von Abfällen, welche gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 Nummer 8 AwSV als feste, allgemein wassergefährdende Stoffe einzustufen sind, um eine Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 WHG.

Diese Anlagen müssen so beschaffen sein und errichtet, unterhalten und betrieben werden, dass eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

§ 26 AwSV regelt die besonderen Anforderungen an Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen, Behandeln oder Verwenden fester wassergefährdender Stoffe.

Gemäß der amtlichen Begründung zur Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen - B. Besonderer Teil - (Bundesratsdrucksache 144/16 vom 18.03.2016) ist es bei festen wassergefährdenden Stoffen angemessen, davon auszugehen, dass der Besorgnisgrundsatz auch dann eingehalten werden kann, wenn nur eine Sicherheitsbarriere vorhanden ist, da feste Stoffe bei der Leckage eines Behälters zwar - in der Regel wohl nur in geringen Mengen - austreten, nicht aber wegfließen können. Insofern sieht § 26 Absatz 1 vor, dass dann, wenn die festen wassergefährdenden Stoffe in Behältern oder Verpackungen oder in Räumen aufbewahrt werden, keine Rückhaltemaßnahmen erforderlich sind. Die Fläche, auf der mit

den festen wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, muss den betriebstechnischen Anforderungen genügen. An die Flächen werden aber keine wasserrechtlichen Anforderungen gestellt. Diese Regelung folgt weitgehend § 15 der Muster-VAwS, in der Anlagen einfacher und herkömmlicher Art zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen fester Stoffe geregelt wurden. Der Begriff "einfacher oder herkömmlicher Art" entstammt § 19h Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 WHG a. F., nach dem es für diese Anlagen bei Einhaltung bestimmter Anforderungen keine Eignungsfeststellung gab.

Bei der Lager- und Sortierhalle handelt es sich auf Grund der geplanten Lagermenge von größer 1.000 Tonnen fester wassergefährdender Stoffe um eine prüfpflichtige Anlage nach AwSV. Die Anlage ist nach § 46 Abs. 2 AwSV i. V. m Anlage 5 Zeile 4 Spalte 2 vor Inbetriebnahme durch einen Sachverständigen gemäß § 53 AwSV zu prüfen.

Im Rahmen der Prüfung ist durch den Sachverständigen zu bestätigen, dass die Lager- und Sortierhalle den Anforderungen des § 26 Abs. 1 AwSV genügt. Hierbei muss sichergestellt sein, dass die festen wassergefährdenden Stoffe witterungsgeschützt gelagert werden, d. h., dass ein Zutritt von Niederschlagswasser und eine Verwehung der Stoffe ausgeschlossen ist sowie die Bodenfläche den betriebstechnischen Anforderungen, im vorliegenden Fall der Lagerung der Abfälle in loser Schüttung genügt. Da die Halle zudem als Einrichtung zur Löschwasserrückhaltung ausgebildet wird, müssen der Boden und Wände der Halle bis zum Zeitpunkt der Entsorgung des Löschwassers ausreichend dicht sein. Die Anforderungen der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie (LÖRüRL) sind hierbei zu berücksichtigen.

#### Ausgangszustandsbericht (AZB)

Die Vorlage eines Berichts über den Ausgangszustand ist gemäß §§ 10 Abs. 1a, 3 Abs. 9 BImSchG i. V. m. Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) hinsichtlich des Abfalls nicht erforderlich. Hinsichtlich der relevant gefährlichen Stoffe ist die Möglichkeit der Verschmutzung ausgeschlossen (§ 10 Abs. 1a S. 2 BImSchG), da die Lagerung auf einer AwSV-Fläche erfolgt.

#### 4.8. Arbeitsschutz

Die Belange des Arbeitsschutzes werden entsprechend den Antragsunterlagen hinreichend berücksichtigt.

Aus Sicht des Arbeitsschutzes bestehen keine Bedenken gegen die beantragte Genehmigung, wenn das Vorhaben entsprechend den Antragsunterlagen realisiert wird und die unter Ziffer IV. 8 festgelegten Nebenbestimmungen eingehalten werden.

#### 4.9. Naturschutz

Die naturschutzrechtlichen Belange wurden bereits im Rahmen des Verfahrens zur 1. Gemeinsamen Änderung des Bebauungsplans „Industriegebiet Oberderdingen“ (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt ermittelt und berücksichtigt. Zur Klärung der naturschutzrechtlichen Belange wurde ein Umweltbericht mit Eingriffs-Ausgleichs-Bewertung erstellt.

Für die Artengruppe Reptilien wurden bereits die erforderlichen vorgezogene CEF-Maßnahmen umgesetzt. Das Ersatzhabitat von 4.300 m<sup>2</sup> wurde angelegt. Die Umsiedelung der Eidechsen wurde bereits durchgeführt.

Durch die Nebenbestimmungen unter Ziffer IV. 9.1 – 9.5 werden die wesentlichen naturschutzrechtlichen Forderungen der planungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Gemeinsamen Änderung des Bebauungsplans „Industriegebiet Oberderdingen“ (Kreuzgarten) 6. und 7. Abschnitt in der Fassung vom 19. November 2019 nochmals aufgeführt.

Aus Sicht des Naturschutzes bestehen keine Bedenken gegen die beantragte Genehmigung, wenn das Vorhaben entsprechend den Antragsunterlagen realisiert wird und die unter Ziffer IV. 9 festgelegten Nebenbestimmungen eingehalten werden.

#### 4.10. Sicherheitsleistung

Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 BImSchG soll zur Sicherstellung der Anforderungen nach § 5 Abs. 3 BImSchG bei Abfallentsorgungsanlagen im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 1 BImSchG eine Sicherheitsleistung auferlegt werden. Die Sicherheitsleistung dient der Sicherstellung der Erfüllung der Betreiberpflichten in der Nachbetriebsphase nach § 5 Abs. 3 BImSchG. Abgesichert werden soll insbesondere das Risiko, im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Betreibers erforderliche Nachsorgemaßnahmen ggf. im Wege einer Ersatzvornahme auf Kosten der öffentlichen Hand durchführen zu müssen.



Maßgeblich für die Höhe der Sicherheitsleistung sind die voraussichtlichen Kosten der Entsorgung der maximal zulässigen Menge an gelagerten bzw. im Behandlungsprozess befindlichen Abfällen, denn der konkrete Umfang der bei einer möglichen Betriebseinstellung auf dem Betriebsgrundstück zu entsorgenden Abfälle ist nicht vorhersehbar (vgl. hierzu das o. a. Urteil des BVerwG vom 13. März 2008). Die Erfahrung hat bestätigt, dass gerade in den Fällen, in denen ein Betreiber nicht mehr willens oder in der Lage war, selbst eine ordnungsgemäße Entsorgung der in der Anlage vorhandenen Abfälle durchzuführen, in der letzten Phase des Betriebs die vorhandene Lagerkapazität häufig voll ausgeschöpft oder sogar überschritten wurde.

Die Entsorgungskosten berechnen sich als Produkt aus der nach der Genehmigung maximal zulässigen Lager- bzw. Behandlungsmenge für jede einzelne Abfallart in Tonnen multipliziert mit einem durchschnittlichen Entsorgungspreis je Tonne der betreffenden Abfallart. Abfälle mit positivem Marktwert bleiben in diesem Zusammenhang unberücksichtigt, wobei allerdings auch keine saldierende Aufrechnung möglicher Erlöse aus deren Verkauf erfolgen darf.

Für die jeweils zu betrachtenden Abfälle müssen realistische Entsorgungskosten am Markt bei der Bemessung der Höhe der Sicherheitsleistung zu Grunde gelegt werden.

Da deren künftige Entwicklung zum Zeitpunkt dieser Anordnung nicht sicher prognostizierbar ist, muss im Zweifel ein konservativer Ansatz auf der Grundlage aktueller Entsorgungskosten für die betreffenden Abfallarten gewählt werden. Insbesondere verbietet es sich im Hinblick auf Sinn und Zweck der Sicherheitsleistung, lediglich aktuell sehr günstige Entsorgungspreise anzusetzen, da deren dauerhafter Bestand nicht gesichert erscheint.

Analyse-, Umschlag-, Transportkosten und Unvorhergesehenes werden als Zuschlag berücksichtigt. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 13. März 2008 einen derartigen Zuschlag in Höhe von 15 % ausdrücklich gebilligt.

Berechnung der Sicherheitsleistung:

Pos. gemäß Anlage 3-3	Abfallart	Max. Lager- menge [t]	Entsorgungspreise laut LUBW in [€/t] (gerundet)	Entsorgungs- kosten [€]
1	PPK	40	152	6.080
2	Kunststoffe	20	134	2.680
3	Altreifen	150	103	15.450
4	Gemischte Materialien			49.943
	- Textilien	5	150	750
	- Aufsaug- und Filtermaterialien	1	113	113
	- Bitumen	25	40	1.000
	- Brennbare Abfälle	100	149	14.900
	- sonstige Abfälle	30	113	3.390
	- Dämmmaterial	20	327	6.540
	- Bau- und Abbruchabfälle	150	155	23.250
5	Eisen- und Nichteisen- schrotte	30	43	1.290
6	Altholz AI - AIII	500	70	35.000
7	Mineralische Abfälle (ngA)	1.000	54	54.000
8	Batterien/ elektr. Geräte	10	34	340
9	Glas	15	44	660
10	Frostschutzmittel/Farben	2	210	420
11	Gefährliche Metalle	10	100	1.000
12	Altholz AIV	100	79	7.900
13	Mineralische Abfälle (gA)	1.000	140	140.000
14	Batterien/ elektr. Geräte	47	p. M.	p. M.
15	Sonderabfalllager	105		29.450
	- Kohlenteer, Asbest	50	247	12.350
	- Anderes Dämmmaterial	50	327	16.350
	- Bau- und Abbruchabfälle (PCB)	5	150	750

ergibt gerundet

344.213,00 €

inkl. Zuschlag in Höhe von 15 %

**395.845,00 €**

Dieser Berechnung liegen die uns von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Entsorgungspreise zu

Grunde, die wir mit den von der Antragstellerin genannten Entsorgungspreise abgeglichen haben. Hierbei wurden die durch die LUBW zur Verfügung gestellten Median-Entsorgungskosten (brutto) zu Grunde gelegt.

Es wird darauf hingewiesen, dass unter Position 5 (Eisen- und Nichteisenschrotte) lediglich die Abfallfraktionen mit den Abfallschlüsselnummern 10 02 01, 10 02 10 und 19 01 12 negative Marktpreise aufweisen und somit die maximale Lagerkapazität von 30 Tonnen für diese Abfallschlüssel der Berechnung der zu erbringenden Sicherheitsleistung zugrunde liegt.

Das öffentliche Interesse an der Festsetzung der Sicherheitsleistung in dieser Höhe überwiegt das private Interesse an der Festsetzung einer möglichst geringen Sicherheitsleistung. Nur durch eine Sicherheitsleistung in dieser Höhe ist gewährleistet, dass die Kosten der Abfallentsorgung und der Herstellung ordnungsgemäßer Zustände des Betriebsgeländes nach einer Betriebseinstellung nicht zu Lasten der öffentlichen Hand gehen.

In Ziffer IV. 10.7 dieser Genehmigung ist die Möglichkeit einer Anpassung der Sicherheitsleistung für den Fall vorgesehen, dass diese aufgrund von Preisentwicklungen geboten erscheint. Eine Neubewertung der Höhe der Sicherheitsleistung kann auch auf Grund einer anzeige- oder genehmigungspflichtigen Änderung des Anlagenbetriebs erforderlich werden, wenn sich die Änderung auf die Kapazität der Anlage oder die Qualität der in ihr zugelassenen Abfälle bezieht.

Entscheidende Kriterien bei der Auswahl der Art der Sicherheitsleistung - in Ausübung des Auswahlermessens zur Art des Sicherungsmittels - sind Insolvenzfestigkeit und administrative Praktikabilität. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und die Regierungspräsidien von Baden-Württemberg sind sich einig, dass im Regelfall als Sicherheitsleistung eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft in Betracht kommt. Gründe, im vorliegenden Fall eine andere Form der Sicherheitsleistung zu verlangen oder zu akzeptieren, sind weder vorgetragen noch ersichtlich.

Die Bürgschaftsurkunde wird im Falle der endgültigen Stilllegung der Anlage zurückgegeben, nachdem sich die zuständige Behörde, derzeit das Regierungspräsidium Karlsruhe, im Rahmen einer Kontrolle vor Ort und eventuell durch Auswertung weiterer Unterlagen davon überzeugt hat, dass die Anlage entsprechend den Vorgaben

des § 5 Abs. 3 BImSchG ordnungsgemäß stillgelegt wurde, insbesondere alle vorhandenen Abfälle ordnungsgemäß entsorgt wurden.

#### 4.11. Einwendungen

Gegen das Vorhaben ist insgesamt ein Einwendungsschreiben form- und fristgerecht eingegangen. Einwendungen wurden von drei Umweltverbänden erhoben. Nach fachlicher Prüfung wurde festgestellt, dass die Einwendungen keiner öffentlichen Erörterung bedürfen. Der geplante Erörterungstermin wurde daher, wie bereits oben dargestellt, abgesagt und diese Entscheidung am 25. November 2020 im Internet auf der Homepage des Regierungspräsidiums Karlsruhe veröffentlicht.

Nachfolgend werden die wesentlichen Einwendungen dargestellt.

##### 4.11.1. Anforderung an die behördliche Überwachung

Wegen der Gefährlichkeit der behandelten und gelagerten Stoffe wird von den Einwendern eine engmaschige Betriebskontrolle durch die Überwachungsbehörde gefordert.

- Bei dem beantragten Vorhaben handelt es sich um ein Betriebsgelände auf dem mindestens eine Anlage nach Artikel 10 in Verbindung mit Anhang I der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) vom 24. November 2010 (ABl. L 334, S. 17), zuletzt geändert durch Berichtigung vom 19. Juni 2012 (ABl. L 158, S. 25) in der jeweils gültigen Fassung, vorhanden ist. Für diese Betriebe sind Betriebskontrollen vor Ort in einem Abstand von ein, zwei oder drei Jahren vorgeschrieben. Auch muss jährlich ein Jahresbericht mit den Daten und Informationen vorgelegt werden, mit denen die Einhaltung der Genehmigung geprüft werden kann. Auf Nebenbestimmung IV. 4.9 und IV. 5.27 wird verwiesen.

Der Einwendung wurde damit entsprochen.

#### 4.11.2. Allgemeine Stellungnahme zur Anlage

##### Abfallhierarchie

Von Seiten der Einwender wird gefordert, dass der Betreiber der Anlage durch die Genehmigungs- und Überwachungsbehörde dazu angehalten werden solle, dass der durch den Betrieb der Anlage generierte Abfallanfall minimiert, die Erzeugung verwertbarer, qualitätsgesicherter Baustoffe gestärkt und die Erzeugung verwendbarer, qualitätsgesicherter Rohstoffe für die Verwertung ausgebaut werden solle.

- Diese Forderung wird bereits durch die im § 6 KrWG vorgegebene Abfallhierarchie (Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung, Beseitigung) vorgegeben und gilt für den Betreiber unmittelbar.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

##### Abfallrecht

Nach Meinung der Einwender würden im Antrag Bezüge zur Umsetzung abfallrechtlicher Anforderungen, wie NachwV, GewAbfV, AbfBeauftrV, EfbV, AltholzV u. a. sowie für andere abfallrechtliche Regeln, z. B. LAGA Mitteilungen fehlen.

- Gesetze und Verordnungen gelten für den Betreiber unmittelbar. Die Inhalte müssen nicht im Einzelnen im Genehmigungsbescheid aufgeführt werden.  
Die abfalltechnischen Regelungen wie z. B. die LAGA-Mitteilungen 23, 32+33, 34 sind der Antragstellerin bekannt und werden eingehalten bzw. umgesetzt.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

##### Qualitäts- und Umweltmanagementsystem

Die Einwender geben an, dass offensichtlich kein Qualitäts- oder Umweltmanagementsystem existiert, das – wie für auditierte Standorte nach § 61 KrWG vorgesehen – ordnungsrechtliche Erleichterungen ermöglichen könnte. Insofern bestünden auf Basis der Antragsunterlagen hinsichtlich eines zweifelsfrei sach- und ordnungsgemäßen Betriebs der Anlage leider Interpretationsmöglichkeiten.

- Es handelt sich bei dem geplanten Betrieb der Schwarz Rohstoff GmbH nicht um einen auditierten Standort nach § 61 KrWG (EMAS). Eine EMAS Zertifizierung ist

nach Kenntnis der Regierungspräsidiums Karlsruhe für den Standort auch nicht vorgesehen. Ordnungsrechtliche Erleichterungen gem. § 61 Abs. 3 KrWG werden für den Betrieb der Firma Schwarz nicht gewährt.

Das Regierungspräsidium hat schon zu Beginn des Verfahrens eine Plausibilitätsprüfung und eine Vollständigkeitsprüfung durchgeführt und die Antragsunterlagen für aussagekräftig gehalten.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

#### 4.11.3. Verfahrensfließbild

Es wird eingewendet, dass die im Antrag in Register 3 enthaltene „Anlagen- und Betriebsbeschreibung“ insbesondere hinsichtlich der technischen Aspekte informativ sei. Das den betrieblichen Ablauf beschreibende Schema sei allerdings nur rudimentär. Es sei nicht eindeutig interpretierbar und entspreche nicht den Vorgaben der DIN 10628. Vor Inbetriebnahme sollen Verfahrensfließbilder vorgelegt werden, aus denen die einzelnen Schritte von Materialfluss und -behandlung eindeutig ersichtlich sind; ggf. nach Abfallarten/Verfahrensarten unterschieden.

- Das Regierungspräsidium hat schon zu Beginn des Verfahrens eine Plausibilitätsprüfung und eine Vollständigkeitsprüfung durchgeführt und die Antragsunterlagen für aussagekräftig gehalten.

Der Einwendung wurde mit der Nebenbestimmung IV. 5.14 teilweise entsprochen. Darüber hinaus wird sie zurückgewiesen.

#### 4.11.4. Abfallarten und Umgang mit Abfällen

##### Beantragte Abfallschlüssel

Die Einwender fordern, dass der Katalog der in der Anlage zu behandelnden bzw. zu lagernden Abfallarten auf die in den Antragsunterlagen genannten Abfallarten zu beschränken ist.

- Der Betrieb wird auf die zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung beantragten Abfallarten und Abfallschlüssel beschränkt. Die Antragsunterlagen sind Bestand-

teil der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung und somit verbindlich. Zusätzlich sind die zugelassenen Abfallarten unter der Nebenbestimmung IV. 1.8 festgeschrieben.

Die Einwendung wird entsprochen.

#### Abfälle mit wassergefährdenden bzw. gefährlichen Flüssigkeiten

Es wird durch die Einwender zusätzlich darauf hingewiesen, dass Abfälle mit wassergefährdenden bzw. gefährlichen Flüssigkeiten nur in flüssigkeitsdichten, gegen Niederschlag geschützten Containern getrennt von sonstigen Abfällen gelagert werden dürften. Dies gelte insbesondere für gefährliche Abfälle.

Die Einwendung wird mit der Nebenbestimmung IV. 5.8 entsprochen.

#### Gutachten KMF-Press

Durch die Einwender wird vorgebracht, dass das Gutachten des Büros Hufenreuter vom 14. September 2016 nicht die beim Verpressen von KFM-Abfällen und beim Umgang mit asbesthaltigen Abfällen hinsichtlich Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stellenden Anforderungen erfülle, da es keinen spezifischen Bezug zum Standort der Firma Schwarz aufweise.

- Die Messung des Ingenieurbüros Hufenreuter wurde an einer vergleichbaren KMF-Press durchgeführt, wie sie in der geplanten Anlage der Firma Schwarz vorgesehen ist. Damit ist aus Sicht der Antragstellerin sowie der Genehmigungsbehörde ein hinreichend spezifischer Bezug vorhanden.

Des Weiteren werden zur Bewertung der arbeitsschutztechnischen Anforderungen die TRGS 521 (Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle), TRGS 905 (Verzeichnis krebserzeugender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender Stoffe) und die Gefahrstoffverordnung zugrunde gelegt.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

#### 4.11.5. Annahme und Abgabe der Abfälle und Materialien

##### Sicherstellungsfläche

Laut Forderung der Einwender solle eine Fläche vorhanden sein, auf der bei Verdacht auf Kontaminationen bzw. bei Falschdeklaration eine Materialanlieferung komplett abgekippt und näher untersucht werden könne. Für aussortierte besonders überwachungsbedürftige Abfälle bzw. sonstige Abfälle, die nicht zugelassene seien, wären geeignete Behälter oder Flächen vorzuhalten, in denen eine gefahrlose Zwischenlagerung bis zur Entsorgung möglich sei.

- Die Einrichtung einer Sicherstellungsfläche ist gemäß den Antragsunterlagen vorgesehen. Zusätzlich wird diese mit Nebenbestimmung IV. 5.7 explizit gefordert.

Der Einwendung wurde entsprochen.

#### Eingangs- und Ausgangskontrolle von Abfällen

Es wird gefordert, dass alle angenommenen gefährlichen Abfälle vor der Weiterverarbeitung chemisch/physikalisch im Labor überprüft werden und dass von allen Abfällen Rückstell-Proben aufbewahrt werden solle. Bei Abgabe der in der Anlage anfallenden Abfälle bzw. verwertbaren Materialien, einschl. der dort originär erzeugten Abfälle, solle durch eine chemisch/physikalische Untersuchungen der Nachweis geführt werden, dass die entsprechenden Verwertungs- bzw. Entsorgungsanforderungen eingehalten würden. Die Maßgaben für Probenahme, Art der Untersuchungsparameter, Rückstellprobe etc. im Rahmen der Eingangs- und Ausgangskontrolle sein in Abstimmung mit der Genehmigungsbehörde festzulegen.

- Generell handelt es sich bei dem Input der Firma Schwarz zum Großteil um Abfälle aus Industrie und Gewerbe. Der Abfallerzeuger/Anlieferer muss vor Anlieferung eine abfalltechnische Deklaration (gemäß landes- bzw. materialspezifischen Regelungen) des zu entsorgenden Abfalls vorlegen. Kleinanlieferer spielen eine untergeordnete Rolle. Abfälle die in der Anlage der Firma Schwarz nicht genehmigt sind, werden nicht angenommen, oder auf Kosten des Anlieferers direkt ordnungsgemäß entsorgt.

Die durch die Firma Schwarz durchgeführte Eingangskontrolle/Ausgangskontrolle von gefährlichen Abfällen ist in den Antragsunterlagen dargestellt sowie in unserem Schreiben vom 18. Dezember 2020 nochmals exemplarisch erläutert.

Die Einwender fordern zudem, dass für die erforderlichen Eingangs-/Ausgangskontrollen ein betriebseigenes Labor einzurichten sei, das technisch und personell eine



sach- und ordnungsgemäße Durchführung der Untersuchungen gewährleiste. Dies gelte insbesondere für die Annahme/Abgabe gefährlicher Abfälle.

- Ein firmeneigenes Analyselabor zur Beprobung von Abfällen zu errichten und zu betreiben liegt fernab der Praxis und ist für ein mittelständisches Unternehmen wie Firma Schwarz nicht wirtschaftlich realisierbar. Aufgrund der in den Antragsunterlagen beschriebenen Vorgehensweise wird eine Beprobung lediglich bei nicht bestimmbar Abfällen notwendig, welche gesondert gelagert werden. Dies ist nur der Fall, wenn beim Abladen die Unbestimmtheit des Abfalls auffällt. Eine etwaige Beprobung und Analyse wird von externen Fachlaboren durchgeführt.

Der Einwendung wurde mit den Nebenbestimmungen IV. 5.14 – 5.20 teilweise entsprochen. Darüber hinaus wird sie zurückgewiesen.

#### 4.11.6. Verbleib der Abfälle und Materialien

##### Entsorgungsnachweis

Es wird von Seiten der Einwender darauf hingewiesen, dass die Firma Schwarz Rohstoff GmbH vor Inbetriebnahme als Erzeuger und Besitzer von Abfällen, insbesondere für gefährliche Abfälle zur Beseitigung, mit der Vorlage von (Sammel-) Entsorgungsnachweisen die Entsorgung bzw. Zuweisung des Abfalls zu einer Entsorgungsanlage zu belegen habe.

- Die Nachweisverordnung gilt für den Betreiber unmittelbar. Die Inhalte müssen nicht im Einzelnen in den Antragsunterlagen bzw. dem Genehmigungsbescheid aufgeführt werden.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

##### Originär erzeugte Abfallarten

Die Einwender geben an, dass Angaben zur Entsorgung der in der Anlage originär erzeugten Abfälle fehlten, z. B. Abfälle aus den Abluftfiltern.

- Die Forderung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung der Abfälle wurde unter Nebenbestimmung IV. 5.12 festgelegt.

Der Einwendung wird entsprochen.

### REACH-Verordnung

Die Einwender merken an, dass der Anlagenbetreiber eine eventuelle Anmeldung nach der Chemikalienverordnung REACH zu prüfen hätte, sofern das aufbereitete Material bei der weiteren Verwendung/Verwertung seine Abfalleigenschaft verlöre.

- Nach Auskunft der Antragstellerin ist es nicht geplant, Sekundärrohstoffe mit einem Produktstatus zu erzeugen. Außerdem würde die REACH-Verordnung für den Betreiber unmittelbar gelten, so dass die Inhalte nicht im Einzelnen im Genehmigungsbescheid aufgeführt werden müssten.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

#### 4.11.7. Staubemissionen

Es wurde durch die Einwender vorgebracht, dass eine klare Aussage fehle, wie die zum Schutz des Personals erforderlichen technischen und betrieblichen Maßnahmen zur Minimierung der Entstehung sowie der Emission von Stäuben, insbesondere die im Gutachten der Fa. Müller BBM genannten, konsequent umgesetzt würden. Neben den Arbeitsschutzmaßnahmen beinhalte dies auch die Schulung des Personals und die Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen durch wiederkehrende Eigenkontrolle.

- Unter Ziffer 13.7 der Antragsunterlagen wird dargestellt, dass für jeden Arbeitsplatz eine Gefährdungsbeurteilung und Betriebsanweisung erstellt werden. Die jeweiligen Mitarbeiter werden regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr entsprechend geschult. Mit dem Betriebsarzt wird festgelegt, ob Maßnahmen zur Pflichtvorsorge und/oder Angebotsvorsorge (ArbMedVV) zu treffen sind.

Die Behandlungsaggregate in der Lager- und Sortierhalle werden von den Mitarbeitern mittels Mobilbagger, Radlader und Stapler beschickt. Die Fahrerkabinen sind hierbei geschlossen zu halten und bieten einen ausreichenden Schutz vor Staubemissionen. Ein anderweitiger Aufenthalt von Personen ist in der Halle während des Betriebs der Behandlungsaggregate nicht vorgesehen.

Auf die Nebenbestimmungen IV. 4.3, IV. 8.2 sowie IV. 8.9 wird verwiesen.

Der Einwendung wurde entsprochen.

#### 4.11.8. Sicherheitsleistung

Es wurde eingewendet, dass aus den Antragsunterlagen keine belastbaren Angaben zu einer Sicherheitsleistung entnommen werden konnten. Die Sicherheitsleistung müsse im Falle einer Standort- oder Firmenschließung die Kosten für die Entsorgung der am Standort ggf. vorhandenen Abfälle (maximale Lagermenge), die Räumungsmaßnahmen, evtl. Gutachter- oder sonstige externe Maßnahmen und die Wiederherstellung des ordnungsgemäßen Zustands abdecken. Die Sicherheitsleistung sei angesichts der Entsorgungssituation und -kosten und unter Einbeziehung der vorgenannten Kriterien zu berechnen und vor Betriebsaufnahme der Genehmigungsbehörde vorzulegen.

- Die Berechnung der zu erbringenden Sicherheitsleistung ist Teil des Genehmigungsverfahrens. Mit der Nebenbestimmung IV. 10.1 ff. wurde die Sicherheitsleistung festgesetzt und die Berechnung in Ziffer V. 4.10 weitergehend erläutert.

Der Einwendung wurde entsprochen.

#### 4.11.9. An- und Abtransport

Die Einwender geben an, dass unter der Annahme, dass die Anlieferungen der Abfälle in einer 10-stündigen Kernzeit erfolgen würden, wahrscheinlich weit über 100 Lkw pro Tag abzufertigen wären. Es stellt sich für die Einwender die Frage, inwiefern bei dieser Frequenz eine sach- und ordnungsgemäße Abwicklung einschl. Zuweisung und Ab- und Aufladung möglich sei. Auf den höheren Zeitaufwand bei gefährlichen Abfällen oder bei bestimmter Verpackung wird hingewiesen.

Die maximale Zahl der An- und Abtransporte per Lkw solle auf ein Maß beschränkt werden, dass jederzeit einen sach- und ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage sicherstelle.

- In der Prognose über die zu erwartende Lärmemission und –immission durch eine Anlage der Firma Schwarz Rohstoff GmbH vom 15. Mai 2020 (erstellt durch ADU Cologne GmbH) sind max. 50 Lkw-Bewegungen pro Tag angesetzt.

Die Prognose nimmt den o. g. Wert als pessimalen Höchstwert an, welcher gelegentlich auftreten kann. Bei den 50 Lkw-Fahrten handelt es sich somit um Spitzenwerte, denen die maximale Auslastung der Anlage zugrunde liegt und die bewusst konservativ angenommen wurden, um auf der sicheren Seite zu sein. Die Anlieferungsmenge pro Tag ist nicht konstant, sondern kann je nach Wirtschaftslage deutlich unter dem Maximum liegen.

Wie hoch die maximale Auslastung der Anlage sein soll, ist eine unternehmerische Entscheidung, auf die das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde keinen Einfluss hat. Aufgabe des Regierungspräsidiums ist lediglich sicher zu stellen, dass die maximale Auslastung der Anlage keine erheblichen Belästigungen der Allgemeinheit und der Nachbarschaft zur Folge hat.

Die vorgenannte Prognose ist Teil der Antragsunterlagen und somit auch Bestandteil der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Die dort getroffenen Annahmen sind somit verbindlich durch die Antragstellerin umzusetzen und einzuhalten.

Die Einwendung wird daher zurückgewiesen.

#### 4.11.10. Gebäude und Energie

Die Einwender weisen darauf hin, dass die zu errichtenden Gebäude große Dachflächen aufweisen, die als Flachdach (Büro- und Sozialgebäude) oder mit geringer Neigung ausgeführt würden. Die Novellierung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg schreibe für Nicht-Wohngebäude die Installation von Photovoltaikanlagen ab 2022 vor. Im Vorgriff auf die gesetzliche Regelung fordern die Einwender die Installation von Photovoltaikanlagen auf die Dachflächen der vorgenannten Gebäude, sowie die Überdachung und Installation von Photovoltaikanlagen bei geeigneten Park- und Abstellflächen. Es wird durch die Einwender gefordert, dass die Antragstellerin ein fachtechnisches Gutachten zur Installation, Nutzung (Eigen oder Abgabe) und Wirtschaftlichkeit der Anlage kurzfristig zu erstellen und vorzulegen habe. Die Ausführungspläne sollten bei der Behörde vor Aufnahme der Bauarbeiten eingereicht werden.

- Die in der Novellierung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg in § 8a genannte Forderungen gelten rechtsverbindlich nur für Bauanträge, welche nach

dem 01.01.2022 eingereicht werden. Aus diesem Grund kann die Genehmigungsbehörde diese im vorliegenden nicht verbindlich einfordern.

Die Einwendung wird zurückgewiesen.

#### 4.11.11. Personal und Dokumentation

##### Schulung der Mitarbeiter

Die Einwender fordern, dass die Mitarbeiter für einen sach- und ordnungsgemäßen Betrieb entsprechend unterwiesen und geschult sein müssten. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund rechtlicher Anforderungen. Sofern Sachkunde- oder sonstige Qualifikationsnachweise erforderlich seien, wären diese zu belegen.

- Die ausreichende Schulung der Mitarbeiter ist in den relevanten Gesetzen und Verordnungen, u. a. ArbSchG, der EfbV und AwSV, geregelt. Der Einwendung wurde auch mit den Nebenbestimmung IV. 4.3, IV. 7.15, IV. 7.17 und IV. 8.2 entsprochen. Darüber hinaus wird sie zurückgewiesen.

##### Daten- und Informationssystem

Es wird gefordert, die Antragstellerin zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Anlagenbetriebs zu verpflichten, ein Daten- und Informationssystem einzuführen.

- Alle angenommenen und abgegebenen Abfälle müssen im Rahmen der Nachweisverordnung dokumentiert werden. Es handelt sich hierbei um die sogenannte Registerpflicht. Das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.2, als Überwachungsbehörde kann sich jederzeit bei einer Vor-Ort-Überwachung die Dokumentationen zeigen oder elektronisch zukommen lassen. Im Übrigen wird auf die Nebenbestimmungen IV. 4.7 – 4.8 zum Führen eines Betriebstagebuches verwiesen.

Der Einwendung wurde damit entsprochen.

## **VI. Gebühren**

Die Gebührenentscheidung beruht auf den §§ 1, 3, 4, 5, 7 und 12 Abs. 1 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 895), zuletzt geändert am 17. Dezember 2015 (GBl. Nr. 25, S. 1191), in Verbindung mit der Gebührenverordnung des Umweltministeriums (GebVO UM) vom 03. März 2017 (GBl. Nr. 8, S. 181), zuletzt geändert am 12. Dezember 2019 (GBl. Nr. 24, S. 566) und den Nummern 8.1.1 i. V. m. 8.8.2 des Gebührenverzeichnisses hierzu (GebVerz UM) i. V. m. der Gebührenordnung des Wirtschaftsministeriums (GebVO WM) vom 12. April 2020 (GBl. Nr. 12, S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. Oktober 2020 (GBl. Nr. 39, S. 963) und den Nummern 13.1 und 13.4 des Gebührenverzeichnisses (GebVerz WM) hierzu.

Für die Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von [REDACTED] festgesetzt.

Der Gebührenrechnung liegen folgende Kosten zugrunde:

Gesamtinvestitionskosten  
davon Baukosten

[REDACTED]

Die festgesetzte Gebühr errechnet sich wie folgt:

### **Immissionsschutzrechtliche Genehmigung**

Gebühr nach Nr. 8.1.1 des GebVerz UM

[REDACTED]

### **Baugenehmigung**

Gebühr gemäß Nr. 13.1 der GebVerz WM

(4 Promille der Baukosten, mindestens 50 Euro)

[REDACTED]

### **Befreiung, Ausnahme oder Abweichung von baurechtlichen Vorschriften und von Festsetzungen eines Bebauungsplans**

Gebühr gemäß Nr. 13.4 der GebVerz WM

(Gebührenrahmen 30 bis 3.000 €)



---

**Summe gerundet**



Gebühren und Auslagen werden nach §18 LGebG mit der Bekanntgabe der Entscheidung zur Zahlung fällig. Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen Betrages zu entrichten (§ 20 LGebG).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gebührenentscheidung nach § 80 Abs. 2 Ziff. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kraft Gesetz sofort vollziehbar ist. Widerspruch und Anfechtungsklage haben demnach keine aufschiebende Wirkung gegenüber der Gebührenfestsetzung und zwar auch dann nicht, wenn diese Wirkung gegenüber der Sachentscheidung eintritt.

Bitte leisten Sie Zahlungen ausschließlich an die Landesoberkasse Baden-Württemberg, BW-Bank Karlsruhe, IBAN: DE02 6005 0101 7495 5301 02, BIC: SOLADEST600 und geben Sie als Verwendungszweck das oben angeführte Kassenzeichen an. Bei Beträgen bis 5.000 € besteht auch die Möglichkeit der Online-Zahlung.

## **VII. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg mit Sitz in Mannheim erhoben werden.

Vor dem Verwaltungsgerichtshof müssen sich die Beteiligten, außer in Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die die Befähigung zum Richteramt besitzen, zugelassen; soweit diese Beteiligte sind, können sie sich selbst vertreten. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Weitere Vertretungsbefugnisse können sich im Einzelfall aus § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 der Verwaltungsgerichtsordnung ergeben.

Mit freundlichen Grüßen





## **VIII. Hinweise**

### **1. Bürgschaftsurkunde**

- 1.1 Die bereits vorliegende Bürgschaftsurkunde wird nach Vorliegen der neuen Bürgschaftsurkunde in Höhe von 395.845,00 Euro an die Betreiberin zurückgegeben.

### **2. Flächenbefestigung**

- 2.1 Bei der Ausführung der Bodenflächen sind die Verkehrslasten gemäß der Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012 (RStO 12) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen zu berücksichtigen.
- 2.2 Das technische Regelwerk ZTV Asphalt 07/13 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist zu berücksichtigen.

### **3. Arbeitsschutz**

- 3.1 Sicherheitseinrichtungen zur Verhütung oder Beseitigung von Gefahren wie Feuerlöscheinrichtung, Signalanlagen, Notaggregate, Notschalter, sind in regelmäßigen Abständen zu warten und auf ihre Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen.
- 3.2 Der Unternehmer muss nach § 3 Abs. 6 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) ermitteln und festlegen:
- Art der erforderlichen Prüfung von Arbeitsmitteln,
  - Umfang der erforderlichen Prüfung,
  - Fristen der erforderlichen Prüfung,
  - die notwendigen Voraussetzungen, die die von ihm als Prüferbeauftragte „Befähigte Person“ erfüllen muss.

Die Ergebnisse der Prüfungen sind gem. § 14 Abs. 7 BetrSichV aufzuzeichnen. Die Dokumentation ist am Betriebsort vorzuhalten.

#### 4. Abwasser

- 4.1 Für die Einleitung von Abwässern in die kommunale Kanalisation sind die Vorgaben des Kanalnetzbetreibers einzuhalten.

#### 5. Abfall

- 5.1 Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 Nummer 8 AwSV sind feste Gemische, worunter auch Abfälle fallen, vorbehaltlich einer abweichenden Einstufung gemäß § 10 AwSV als allgemein wassergefährdend eingestuft.
- 5.2 Gemäß § 10 Abs.1 Nr. 3 AwSV sind feste Gemische der Einbauklasse Z0 oder Z1.1 der Mitteilung 20 der LAGA „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen – Technische Regeln“ bzw. der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial (VwV Boden) als nicht wassergefährdend einzustufen. Daraus folgt, dass feste Gemische mit einem Zuordnungswert größer Z1.1 als allgemein wassergefährdend anzusehen sind. Die Lagerung von festen Abfällen mit einem Zuordnungswert größer Z1.1 fällt somit unter den Anwendungsbereich der AwSV.
- 5.3 Asbesthaltige Abfälle dürfen ausschließlich in vollständig geschlossenen, luftdicht verpackten und nach der TRGS 519 gekennzeichneten Behältnissen oder Ummantelungen zum Zweck der Lagerung angenommen werden. Eine Behandlung asbesthaltiger Abfälle ist nicht gestattet.
- 5.4 Transportbedingte Tätigkeiten im Zusammenhang mit asbesthaltigen Abfällen, wie z. B. das Umverpacken, dürfen nur durch fachkundiges Personal oder unter Aufsicht eines Sachkundigen und unter Einhaltung der Vorgaben der TRGS 519 durchgeführt werden. Das Personal ist im Umgang mit asbesthaltigen Materialien regelmäßig zu schulen und anhand einer Betriebsanweisung nach § 14 GefStoffV zu unterweisen.